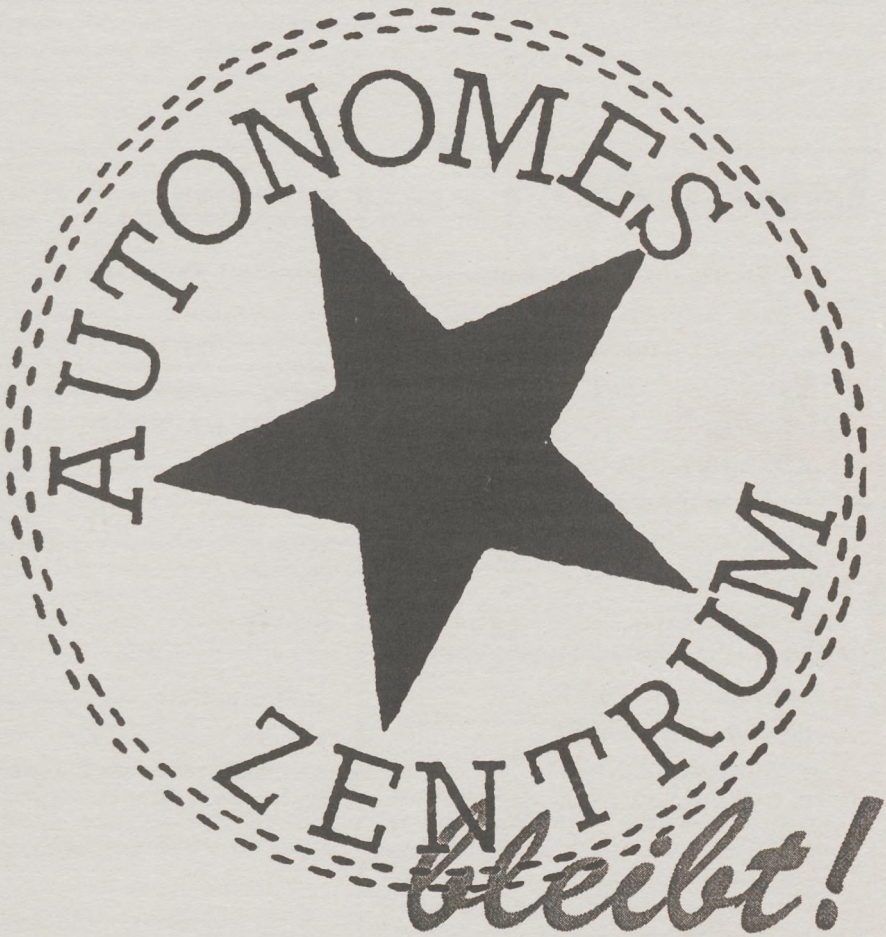
SABOTAGE

kostenlos, aber nicht umsonst!

ZEITUNG FÜR DEN AUFBAU DES AUTONOMEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS IM RHEIN-MAIN-NECKAR-RAUM

★ 6/96



MIT PROGRAMM DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Prost!

Einerseits freuen wir uns natürlich, wenn die Resonanz - ob negativer oder positiver Art - groß ist; andererseits ist diese Resonanz - zumindest in Form von uns zukommenden Texten - auch immer mit einer Menge Arbeit verbunden, die im Endeffekt von ganz wenigen Leuten geleistet werden muß. Und dieses Mal sind wir - abgesehen von den von uns selbst erarbeiteten Beiträgen - mit Artikeln, Papern, Veranstaltungshinweisen oder sonstigen Berichten regelrecht *überhäuft* worden. Wenn wir all das uns zugesandte Material veröffentlicht hätten, wäre eine etwa 52seitige *Sabotage* herausgekommen. Das wäre zwar schön gewesen, übersteigt aber bei weitem unsere Möglichkeiten und Kräfte. "Zeitungmachen" ist nämlich mehr als nur bloßes Layouten! Und wenn wir schon mal bei diesem "Mehr" an Arbeit sind: Die in einem gesonderten Teil aufgeführten Veranstaltungs-HINWEISE, die allein von uns zusammengestellt werden, stehen nur bedingt in einem inneren Zusammenhang zu den davon separierten Texten in der *Sabotage* oder gar zur politischen Ausrichtung unseres Zeitungsprojektes. Das ist die eine

Inhaltsverzeichnis:

geschichte des widerstandes
7 Bericht zur Veranstaltungsreihe zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof am 11.05.96 in Heidelberg
antiimperialismus
8 Ideologie für den Ernstfall - Kriminalisierung antimilitaristischer Politik
repression
10 Der Staatsschutzhetze entgegentreten - Freiheit für Michael und Bernhard
antiimperialismus
12 NATO-Tagung in Berlin - Wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg!
sonstige sabotage
15 Selbstverwaltete/Autonome Zentren und Häuser
18 **programmübersicht**
sonstige sabotage
20 Demos & Veranstaltungen
26 Richtigstellung und Kritik zum Vorwort der *Sabotage* 05/96
antifa
27 Landhaus Almensee - Tummelplatz für Rechtsradikale in Bad Dürkheim
30 Militante Neonazis und Burschenschaften - Maisingen 96, so unpolitisch wie noch nie?
34 Kein Kongreß "Science/Fiction"

Seite. Die andere ist die, daß wir *nicht* vollkommen sind und in der Auswertung der uns zukommenden Informationen über Demonstrationen, (Gegen-) Kongresse oder sonstige Aktionen natürlich "politische Fehler" unterlaufen können: wenn uns beispielsweise die genauen Hinweise auf die VeranstalterInnen vorenthalten werden; wir unter Zeitdruck stehen, der genauere Recherche nicht mehr zuläßt; oder wir Manches einfach nicht wissen (können) und uns dann nach dem toll klingenden Namen einer Veranstaltung richten. Ein Fall, in dem all dies zusammengekommen ist und der schließlich auch zur Formulierung einer politisch begründeten Kritik an unserer "Unvorsichtigkeit" im Auswählen bestimmter Ereignisse geführt hat, war der Hinweis auf das als "Gegenkongreß" deklarierte "Forum gegen die neue Euthanasie-Debatte" in Heidelberg-Wieblingen in Sab 05/96 (Seite 26). Uns wurden - aus organisatorischen, zeitlichen oder sonstigen Gründen - Hintergrundinformationen vorenthalten, wir standen unter Zeitdruck, und da wir nicht oder nur marginal in die Vorbereitungen zu den (autonomen, antifaschistischen) Gegenaktionen involviert waren, war uns *nicht* bekannt, daß auf diesem Kongreß neben Erika Feyerabend oder Oliver Tolmein auch ein der SPD nahestehender Abtreibungsgegner reden würde. Die ReferentInnen, von deren Teilnahme wir *wußten*, sind für uns jedenfalls Teil einer (radikal[er]en) Linken, mit dem wir uns eine Zusammenarbeit durchaus vorstellen können - auch wenn viele AktivistInnen der "Scene" der Meinung sind, sie vertreten einen reformistischen Ansatz. Dann muß aber - abgesehen von der Ungeheuerlichkeit, auf so einem Kongreß rechtslastigen Abtreibungsgegnern Raum für ihre Propaganda zu geben - erst einmal haarscharf geklärt werden, worin denn *deren* "Reformismus" und *unsere* "Radikalität" genau besteht. (Eine Frage, die sich beispielsweise an der mit

Das **ANTIFA-INFOTELEFON-GARFIELD** bietet lokale Antifa-Nachrichten aus dem Rhein-Neckar-Raum unter **0 62 72 / 35 59**

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 1000 St.

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

HERAUSGEBER:

Autonomes Redaktionskollektiv

Kontakt Rhein-Main:

Äußerer Umschlag:
EFH
AStA - Antifa Referat
Zweifalltorweg 12
64293 Darmstadt

Innerer Umschlag:
Sabotage

Kontakt Rhein-Neckar:

c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

ViSdP: Kalle Blomquist

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

linker Terminologie ausgeschmückten Propagierung eines ideologisch traditionell von rechts besetzten "Rechts auf Leben" entfachen und dann zu einer *eindeutigen* Unterscheidbarkeit der daran beteiligten Gesellschaftsentwürfe führen kann.) Und zur Demo selbst, die am 01.05.1996 in Heidelberg *gegen* die geisteswissenschaftlich untermauerte Legitimation von Selektions- und Mensch-nach-Maß-Praktiken stattgefunden hat: Anders als einige Aktive aus Heidelberger Zusammenhängen, und anders als die DemoveranstalterInnen, deren Redebeitrag wir auf den Seiten 34/35 veröffentlichen, werten wir die Demo mit gerade mal etwas mehr als 300 TeilnehmerInnen *nicht* als Erfolg.
Wenn sich in einer vornehmlich nach Kapitalinteressen strukturierten Warengesellschaft, in der die kalkulationsfixierte **Verwertbarkeit** des Menschen zur obersten Maxime degeneriert ist, wissenschaftliche Eliten in einer Stadthalle zusammenfinden, um im großen (Diskussions-) Rahmen **Systematik** in die BeHERRschbarkeit des für die bürgerliche "Zivilgesellschaft" relevanten "Menschenmaterials" bringen zu wollen, dann geht das ALLE an.
Und dann sind ein paar hundert Personen, die dagegen auf die Straße gehen, enttäuschend.
Das gleiche gilt für die Demonstration "Selbstverwaltete / Autonome Häuser und Zentren aufbauen und verteidigen!" in Mannheim am 18.05.1996, zu der ebenfalls nur etwa 300 Menschen gekommen waren: Wenn die Herrschenden damit beginnen, die von uns erkämpften Strukturen mittels der Zerschlagung selbstverwalteter, unabhängiger Zentren, Häuser, Wagenburgen anzugreifen, dann sollten auch bei schlechtem Wetter mehr Menschen auf die Straße gehen. Besonders hinweisen wollen wir bei dieser Gelegenheit auf das Autonome Zentrum in Heidelberg, das Ende des Monats sein fünfjähriges Bestehen feiert:

Vor mehr als sechs Jahren gründete sich in Heidelberg die Initiative für ein Autonomes Zentrum. Weil in Heidelberg keine Möglichkeiten existierten, sich politisch oder kulturell unabhängig zu betätigen, wurde ein Gebäude in Innenstadtnähe erkämpft. Dieser Freiraum wurde durch mehrere Hausbesetzungen erreicht und existiert jetzt in Form des Autonomen Zentrums seit Mai 1991.
Trotz immer wieder heftigen Auseinandersetzungen (z. B. über die Gewaltverhältnisse zwischen Frau und Mann), die fast schon zur Aufgabe des Autonomen Zentrums geführt hatten, trafen und treffen sich seither mehrere Dutzend politisch und kulturell arbeitende Gruppen; regelmäßig finden Veranstaltungen wie Konzerte, Discos (Freitag/Samstag) oder Cafés mit Volxküchen (Dienstag/Donnerstag; Sonntag Antifa Café mit Veranstaltung) statt; es gibt eine Etage nur für FrauenLesben. Es bestehen Werkstätten (z. B. Gustavs Fahrradwerkstatt) und Proberäume für Bands. Außerdem existiert in den Räumen des AZ der Infoladen Moskito (Öffnungszeiten: Di/Do 20 - 22.00; So im Rahmen des Antifa-Cafés ab 18.00 Uhr und bei Veranstaltungen). Mit den von ihm angebotenen politischen Büchern, Broschüren und Zeitschriften sollen unverfälschte, authentische und ansonsten unterdrückte Informationen verbreitet werden.
Dabei erhält das Autonome Zentrum keine finanzielle Unterstützung.
Weil sich die Aktiven mit den bestehenden Verhältnissen in der Gesellschaft *nicht* zufrieden geben wollen, versuchen sie, ihre Vorstellungen von Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit und Herrschaftsfreiheit *mindestens* in diesem Rahmen zu verwirklichen.
Nun hat die Stadt Heidelberg dem Autonomen Zentrum zum 31.12.1996 den Vertag fristlos und ersatzlos gekündigt. Damit will die Stadt einen Schlußstrich ziehen unter mehr als fünf Jahre unabhängige politische und kulturelle Arbeit des AZ.

Ihre Begründung: eine gigantische Kommerzmeile soll entstehen, die sich vom Bahnhof bis zum Bismarckplatz erstreckt und dort an die FußgängerInnenzone anschließt. Damit wird nicht nur einer der letzten gewachsenen und intakten Stadtteile, in dem noch Raum für sozial Schwache, ältere Menschen, Studies, ausländische Menschen etc. war, luxussaniert und umstrukturiert, gleichzeitig bietet sich eine Gelegenheit, den politisch mißliebigen Schandfleck "Autonomes Zentrum" aus dem Stadtgebiet zu vertreiben. In den Gesprächen mit der Stadtverwaltung, die mittlerweile schon fünf Monate dahindümpeln, ist uns außer freundlichen Worten und unverbindlichen Versprechungen kein konkretes Angebot gemacht worden. Offensichtlich baut die Stadt darauf, daß wir uns mit zunehmendem Räumungsdruck schließlich mit irgendeinem kleinen Raum in einem Vorort zufrieden geben werden.
Die Einrichtung des Autonomen Zentrums in Heidelberg 1990 war kein Gnadenakt einer liberalen Stadtverwaltung. Das Autonome Zentrum ist mit großem und hartnäckigem Einsatz, unter anderem mit mehreren Hausbesetzungen, erkämpft worden. Seither hat sich dort ein Raum für Gegenkultur, ein Treffpunkt für radikaloppositionelle Gruppen und ein Diskussionsraum für die Entwicklung unseres Widerstands entwickelt. Was wir uns dort in den letzten fünf Jahren aufgebaut haben, werden sie nicht einfach kampflos zerstören können! Auf dem Weg in eine auf solidarischer Hilfe beruhenden Gesellschaft werden wir uns diesen Raum nicht nehmen lassen.
Keine Schließung ohne Gleichwertigen Ersatz!
Wir lassen uns nicht aus der Stadt vertreiben!
Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!

Deshalb: Kommt zahlreich zu dem zweitägigen AZ-Fünf-Jahresfest. Es beginnt am 28.06. mit einer Disco der lebenden Legende Manische Weststadt und endet einen Tag darauf mit dem **Konzi zum Fest** (Nähere Hinweise dazu im Veranstaltungsteil).
Zu den Texten selbst*: Auf den Seiten 8/9 geht der Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität (AKAS) in dem von uns leicht veränderten und aktualisierten Text "Ideologie für den Ernstfall" noch einmal genauer auf die Hintergründe zu dem Prozeß ein, bei dem am 6. Mai ein Genosse für das Kleben eines Satireplakates angeklagt war. Vom Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen HD/MA werden wir in den folgenden Ausgaben der *Sabotage* eine Artikelreihe veröffentlichen, in der die Beiträge zur Geschichte der RAF und des antiimperialistischen Widerstands Thema sein werden, die auf der Veranstaltung zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof am 11.05.96 in Heidelberg gehalten wurden. Den Anfang bildet ***sein*** Bericht von ebendieser Veranstaltung (Seite 7). Das Landhaus Almensee, das aufgrund seiner Funktion als Veranstaltungsort von rechtsextre-

men und neonazistischen Organisationen in letzter Zeit immer wieder für Aufsehen gesorgt hat, ist Thema des auf den Seiten 27 bis 29 zu findenden antifaschistischen Textes, den wir aus Mangel an Platz an den Stellen kürzten, die *zu* detailliert waren. Zu der oben bereits angesprochenen Demo in Mannheim wurde ein Flugblatt erstellt, in dem sich die daran beteiligten Zentren vorstellten. Davon drucken wir die Selbstverständnisse der STEFFI KA, JuZ MA und KTS FR ab (Seiten 15 bis 17). Weil wir darum gebeten wurden, die Kritik an Teilen unseres letzten Vorwortes zu veröffentlichen, drucken wir auf der Seite 26 die Richtigstellung des Verein Gegendruck-Vorstandes ab. Wir wollen nicht noch einmal genauer darauf eingehen. Nur so viel: Ein Text - auch wenn es sich um eine Einlassung vor Gericht handelt - muß aus sich selbst heraus analysierbar, interpretierbar, deutbar, einzuordnen, kritisierbar sein. Und so leid es uns auch tut: Unsere Phantasie reicht nicht aus, um in den Text Konzeptionen anarchistischer oder herrschaftsfreier oder rätedemokratischer Herkunft hineinzuprojizieren. Der Rest dieses Pamphlets spricht *für sich* - und die Stellen, die persönliche Andeutungen hinsichtlich unseres "beruflichen" Betätigungsfeldes enthalten, haben wir "zensiert". Wir wollen ja nicht, daß den Schergen des repressiven Zwangsapparates Informationen zugespielt werden, aus denen sie ihre Schlüsse ziehen (können). Deshalb ist der Begriff der "Zensur" hier eigentlich fehl am Platze.

Gewidmet ist die Juni-Sabotage Hanna Krabbe, die als Angehörige der RAF wegen der Beteiligung an der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm (1975) 21 Jahre in Haft war. Sie ist am Freitag, den 10. Mai 1996 aus dem Lübecker Gefängnis entlassen worden. Wir wünschen ihr alles Gute.

Autonomes Radaktionskollektiv

* Aus Platzgründen können wir im Vorwort immer nur auf einzelne Texte eingehen.

Neue Bücher/Broschüren im AIL Heidelberg

Autonome Antifa Heidelberg (Hrsg.), "**Gegen den Kongreß »Science/ Fiction« vom 1. - 5.5.96 in der Heidelberger Stadthalle**", Heidelberg: Mai 1996, 5.- Vom 1. - 5.5. fand in Heidelberg der Kongreß „Science/Fiction: Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie" statt, wo zu den „entscheidenden Fragen der heutigen Wissenschaft" getagt wurde. Hierzu war ursprünglich auch der australische Bioethiker und Euthanasiebefürworter Peter Singer eingeladen worden, was in der Öffentlichkeit, v. a. in der Behindertenbewegung, heftigen Protest hervorrief. Insbesondere nach seiner Ausladung - aufgrund von „befürchteten gewalttätigen Protesten v. a. von RollstuhlfahrerInnen" (Zitat des Veranstalters Fritz Simon) - wurde jedoch klar, daß es Stoßrichtung und Schwerpunkt des Kongreßes waren, an der sich der Widerstand gegen den Kongreß festmachte. Es entstand ein breites Bündnis gegen den Kongreß mit Gruppen und Einzelpersonen aus den verschiedensten Spektren und mit unterschiedlichen Ansätzen, die sich auf einen „Minimalkonsens" einigten. In der Broschüre sind Demoaufrufe, Pressestimmen, Presseerklärungen, Briefe, Texte zum und gegen den Kongreß, sowie Infos zu einzelnen KongreßteilnehmerInnen u.s.w. gesammelt.

F. P. Heller/Anton Maegerle: „**THULE** - Vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten", Schmetterling-Verlag: 1995, 175 Seiten, 25.- DM

Dieses Buch handelt von den wesentlichen Fraktionen der sogenannten deutschen Neuen Rechten und von ihrer Vorgeschichte, der völkischen Ideologie. Die Autoren der „Neuen" Rechten beziehen sich immer wieder auf die völkische Tradition, wobei sie bevorzugt an der Thule-Mythologie anknüpfen. Das Interesse der Herausgeber, über die Vorreiter der „Neuen" Rechten aufzuklären, erfordert einen Exkurs über die Konservative Revolution, die die „Neue" Rechte als ihre Vorgeschichte in Anspruch nimmt. Eine scharfe Scheidelinie zwischen völkischer Ideologie, Konservativer Revolution und „Neuer" Rechter kann nach Ansicht der Autoren dabei nicht gezogen werden. Gerade heutzutage, wo die Grenzen zwischen bürgerlicher und faschistischer Ideologie immer mehr verschwimmen, ist es um so notwendiger, die Verflechtungen, den historischen Kontext und den ideologischen Hintergrund der „Neuen" Rechten genau zu betrachten und analysieren.

Veranstaltungsreihe zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof am 11.05.96 in Heidelberg

Trotz einiger Behinderungen im Vorfeld war die Veranstaltungsreihe zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof ein voller Erfolg.
Über 400 BesucherInnen strömten am 11.05.96 zur Ausstellung "Politische Plakate der 70er und 80er Jahre", den Filmvorführungen und der Abschlußveranstaltung "Gegen das Vergessen - Gegen herrschende Geschichtsfälschung".

Allein die Abendveranstaltung mit Monika Berberich war mit 230 Interessierten sehr gut besucht. Die positiven Reaktionen und Kritiken der BesucherInnen zeigten, daß es trotz erheblicher Behinderungen im Vorfeld - so mußten 3 Tage vor Veranstaltungsbeginn neue Räume gefunden werden, Plakate wurden innerhalb eines Tages abgerissen oder überklebt, der Staatsschutz observierte während des ganzen Tages die Veranstaltungsräume - ein großes Interesse gab an einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte des militanten/bewaffneten Widerstandes der letzten 25 Jahre.
Auf der Abendveranstaltung wurde in einem kurzen Beitrag des Infobüros Heidelberg auf den Zusammenhang von Geschichte - am Beispiel Ulrike Meinhofs - und der aktuellen Situation hingewiesen. Es konnte deutlich gemacht werden, daß es den VeranstalterInnen nicht um eine "Gedenkveranstaltung" ging, sondern darum, der herrschenden Geschichtsfälschung authentische Information entgegenzusetzen.
Damit sollte ein Beitrag zur Diskussion über die Perspektiven/Fortsetzung revolutionärer Politik geleistet werden. Darin muß auch die Diskussion um die Intensivierung des aktuellen Kampfes um die Freiheit aller politischer Gefangener ihren Platz haben.
Es war aber vor allem der Verdienst von Moni Berberich, die von ihrer Geschichte und den Anfängen des bewaffneten Kampfes und seiner Bedeutung für heute berichtete, daß mehr als 30 Wortmeldungen aus dem Publikum zu einem spannenden und interessanten Dialog zwischen Podium und ZuhörerInnen führte.
Alle Schikanen im Vorfeld konnten nicht verhindern, daß es immer noch eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen gibt, die bereit sind, der herrschenden Geschichtsfälschung offenes Interesse für authentische Information und politische Auseinandersetzung entgegenzusetzen.
Für uns als VeranstalterInnen macht diese Erfahrung zusätzlich Mut, auch weiterhin für die Freiheit der politischen Gefangenen zu kämpfen; und - aufgrund der Erfahrungen dieses Tages - in dem Bewußtsein, daß auch in der heutigen Zeit sehr viele Menschen unterschiedlichen Alters offen sind für die Auseinandersetzung mit antagonistischer Politik.

Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen HD/MA, PF 103162, 69021 Heidelberg, Fax: 06221/164489

Ideologie für den Ernstfall

Kriminalisierung antimilitaristischer Politik

Am 6. Mai fand am Amtsgericht Heidelberg ein Prozeß wegen Verbreitens eines Plakates statt, das sich 1994 satirisch-kritisch zu den Bundeswehreinsätzen in Jugoslawien äußerte und eine Verbindung zur damals bundesweit über die Medien verbreitete Eigenwerbung der Bundeswehr herstellte. Der Prozeß, dem von der Staatsanwaltschaft die politische Dimension entzogen wurde, endete nach kurzer Verhandlungszeit mit einem Freispruch für den Angeklagten. Ihm konnte nämlich nicht nachgewiesen werden, *direkt* beim Plakatieren erwischt worden zu sein. Somit war schon nach kurzer Zeit klar gewesen: Um die militaristische *Ideologie für den Ernstfall*, die ("grundgesetzlich garantierte") Meinungsfreiheit oder eine umfassendere Kritik am deutschen Militär sollte es bei diesem Prozeß nicht gehen ...

Zum politischen Hintergrund des Plakats gehört die maßgebliche Rolle Deutschlands im Jugoslawienkonflikt: Wir erinnern nur an die massive Unterstützung der Sezessionsbewegungen in Slowenien und Kroatien und die geradezu gewaltsame Durchsetzung der Anerkennung der Unabhängigkeit dieser jugoslawischen Teilrepubliken durch die deutsche Außenpolitik. In der fraglichen Zeit, im März 1994, beteiligten sich bereits deutsche AWACS-Flugzeuge an der Luftüberwachung über dem Balkan, bereit, Luftangriffe der NATO auf serbisch-kontrollierte Gebiete zu unterstützen und damit erstmalig nach 1945 wieder direkt militärisch zu intervenieren. Immer deutlicher wurde das Bestreben der deutschen Regierung, Bundeswehreinheiten als Teil internationaler Interventionstruppen auf den Balkan zu entsenden. Damit wurde das zuvor bis in Kreisen der CDU allgemein anerkannte Tabu gebrochen, wonach ein Einsatz deutscher Truppen auf Grund der Verbrechen der Wehrmacht in Jugoslawien undenkbar war.

Zur gleichen Zeit war in den großen überregionalen Tageszeitungen eine großformatige Anzeigenserie der Bundeswehr erschienen, mit der in

der Öffentlichkeit für die "soldatischen Tugenden" der Bundeswehr – "Dienen", "Disziplin", "Tapferkeit" etc. – geworben wurde.
Um dieser aggressiven Werbekampagne zur Militarisierung der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, wurde eine der Anzeigen aufgegriffen und im abgewandelten Text sowohl die Verbindung zu den deutschen Überfällen auf dem Balkan in den beiden Weltkriegen als auch auf aggressive Töne deutscher Außenpolitiker gegen Serbien Bezug genommen. Die Justiz sieht in dieser satirischen Bezugnahme auf die Parallelen deutscher Jugoslawienpolitik eine "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" und ahndet die Verbreitung der Plakate im anstehenden Prozeß nun mit Paragraphen, die in die Kaiserzeit (Majestätsbeleidigung) und die Zeit des deutschen Faschismus zurückreichen.
Letztendlich geht es darum, im Inneren die Akzeptanz für eine militarisierte Außenpolitik zu verstärken und Zustimmung für Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Durchsetzung deutscher Großmachtinteressen zu schaffen. Dazu dienten und dienen die Werbekampagnen für die Bundeswehr genauso wie die Umdeutung der Geschichte anläßlich des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges. Folgerichtig in diesem Zusammenhang sind daher auch die Versuche, öffentliche antimilitaristische oder pazifistische Stellungnahmen zu kriminalisieren: sei es durch das gesetzliche Verbot von Aussagen wie "Soldaten sind Mörder" oder Strafverfahren wegen der Verbreitung kritischer Texte und Plakate. So ist ein ähnliches Verfahren wegen Verbreitens eines satirischen Bundeswehrwerbeplakat gegen die Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" anhängig und im Bundestag wurde ernsthaft die Einführung einer "Lex Bundeswehr" diskutiert, eines "Ehrengesetzes", das das Militär vor Kritik schützen und deren *verunglimpfende* KritikerInnen kriminalisieren soll.
Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion ist der "traditionelle Weg" Deutschlands nach dem Osten und Südosten Europas wieder frei. Außenminister Klaus Kinkel brachte es auf den Punkt, als er 1993 in der FAZ die Kontinuität der deutschen Interessen formulierte: "... nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Inneren wie nach außen ...". Gelingt dies nicht mit friedlichen Mitteln, wird Deutschland gezwungen sein, dies "in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen", so die daran anknüpfende Drohung von CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble in seinen "Überlegungen zur europäischen Politik" im September 1994.
Aus diesem Grund laufen seither in Deutschland verstärkt die innen- und außenpolitischen Vorbereitungen, die BRD auch militärisch zur Großmacht zu machen. Außenpolitisch bedeutet dies, Maßnahmen zu ergreifen, um deutsche Militäreinsätze außerhalb der NATO international durchzusetzen. Mit der mittlerweile erfolgten Beteiligung deutscher Tornados bei der Bombardierung serbisch-kontrollierter Gebiete in Bosnien und der Stationierung von Bundeswehreinheiten auf dem Gebiet des alten Jugoslawien ist die deutsche Außenpolitk dabei einen großen Schritt vorangekommen. Die verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahre 1992 benennen die eigentlichen Ziele künftiger Bundeswehreinsätze, die – unter dem Deckmantel sog. humanitärer Interventionen – weltweit die Interessen Deutschlands durchsetzen sollen. Geleitet von "vitalen Interessen" sollen die deutschen Militäreinsätze vor allem die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" und die "Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und begründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag ..." sichern helfen.

Die eigentlichen Interessen der deutschen Außenpolitik aufdecken!
Dem Treiben der Bundeswehr und ihren Kampfeinsätzen entgegenwirken!

Der Staatsschutzhetze entgegentreten

Freiheit für Michael und Bernhard

In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar wurden Michael und Bernhard in Witzhave bei Hamburg verhaftet.

(...) In den Medien wurde die Festnahme Michaels und Bernhards als „Schlag gegen die AIZ-Terroristen" gemeldet. Nach einer Verfolgungsjagd sei es der Polizei gelungen, die beiden festzunehmen. Das Auto wurde stundenlang abgesichert und erst nach Eintreffen von Sprengstoffrobotern durchsucht. Die Rundfunknachrichten meldeten immer auch, daß Sprengstoff im Auto vermutet werde. In den Zeitungen folgten diverse „Hintergrundberichte", die der Öffentlichkeit immer stärker suggerierten, daß und warum die beiden Terroristen geworden sein sollen:

„In der Schule isoliert und gehänselt, keine Freunde, von Freundin verlassen, ..." Angebliche Erddepots und Anschlagspläne wurden präsentiert.

Was gibt es bis jetzt an wirklichen Fakten?

Am 13.06.95 wurden die Wohnungen von Bernhard in Mönchengladbach und Michael in Rellingen durchsucht. Sie lebten seitdem weiterhin in ihren Wohnungen. Michael und Bernhard wurden in Witzhave verhaftet. Die angebliche Verfolgungsjagd war eher eine durchschnittliche Verhaftungsaktion. Zehn Minuten vor der Verhaftung kamen Bernhard und Michael in eine „Verkehrskontrolle", bei der das Vorhandensein von Warndreieck und Verbandskasten geprüft wurde. Nach der Kontrolle fuhren die beiden weiter. Das Auto wurde von einem Wagen überholt und ausgebremst, sie hielten an, es kamen drei oder vier weitere Polizeiwagen hinzu. Die Verhaftung verlief ohne besondere Schikanen, also keine Plastikfesseln etc. Michael kann sich nicht daran erinnern, bei den Polizisten Waffen im Anschlag gesehen zu haben. Weder im Auto noch bei den beiden wurden Waffen oder Sprengstoff gefunden. Eine Tatsache, die die Behauptung der Polizei, beide hätten ein Erddepot leergeräumt und seien seitdem beschattet worden, eher als PR-Gag erscheinen läßt.

Die beiden sitzen seitdem in Untersuchungshaft, Bernhard mittlerweile in Köln, Michael in Lübeck. Der Haftrichter stützt sich hauptsächlich auf angebliche Bewegungen des Autos von Michael. So soll das Auto zwei Stunden vor dem Anschlag auf den peruanischen Honorarkonsul in Düsseldorf festgestellt worden sein. Ebenso einige Stunden später in Göttingen, von wo aus das Bekennerschreiben verschickt worden sein soll. In Göttingen sei angeblich eine unbekannte Person aus dem Auto gestiegen und zum Briefkasten gegangen. Außer dieser Beobachtung in Göttingen gibt es im Haftbefehl keinerlei Aussagen zu den Personen, die sich im Auto aufgehalten haben sollen. Es wird im Haftbefehl nicht deutlich, woher die Erkenntnisse zum Aufenthalt des Autos, das auf Michaels Namen angemeldet ist, kommen.

Da fast nie Angaben über die Personen im Auto gemacht werden, gehen wir davon aus, daß das Auto nicht direkt observiert, sondern über andere Ortungsmöglichkeiten überwacht wurde. Daneben wird behauptet, daß bei beiden Schriftstücke beschlagnahmt wurden, in denen sich mit den gleichen Themenbereichen auseinandergesetzt wird, mit denen sich die AIZ auseinandersetzt. Außerdem soll das Schriftgut der beiden Ähnlichkeiten mit Texten der AIZ haben.

Es ist kein Geheimnis, daß es in der linksradikalen Szene massive Widersprüche zu der AIZ gibt. Kritisiert wird unter anderem die Art der Durchführung ihrer Aktionen und vor allem ihre Interpretation antiimperialistischer Politik und Geschichte. Dabei stößt insbesondere ihre Bezugnahme auf islamisch-fundamentalistische Kräfte auf Widerspruch. Die in den verschiedenen linken Publikationen geführte Auseinandersetzung mit der Politik der AIZ begrüßen wir ausdrücklich. Wir finden sie richtig und notwendig in der Suche nach einer revolutionären Strategie und Perspektive.

Aber:
Unter dem Eindruck der massiven Staatsschutzhetze, die keinen anderen Schluß zulassen soll, als daß zwei AIZler verhaftet wurden, werfen verschiedene Leute Fragen auf wie "Wie halte ich es mit der AIZ?" und „Kann ich überhaupt solidarisch sein, wenn es AIZler sind?". Die Diskussion über die Politik der AIZ muß deutlich von den von staatlicher Repression Betroffenen geführt werden! Es kann nicht unsere Sache sein, über die vermeintliche oder tatsächliche Mitgliedschaft der beiden in der AIZ zu spekulieren - zu spekulieren über den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe, hieße, sich auf die Ebene des Staatschutzkonstruktes zu begeben! Wir wissen darüber nichts, und deutlich ist, daß die offiziellen Verlautbarungen vor Lügen nur so strotzen. Konkret existieren bisher nur von der Bundesanwaltschaft (BAW) geäußerte Vorwürfe. Die Genossen haben sich nicht geäußert. Für die Solidarität gegen die staatliche Repression ist es wichtig, keine Situation entstehen zu lassen, in der sich Beschuldigte zu Behauptungen der BAW äußern müssen, z. B. indem sie sich distanzieren. (Denkt daran: Anna und Arthur haltens Maul)
Wie oben geschildert, ist es bis jetzt nur Fakt, daß die zwei Genossen verhaftet wurden und der AIZ-Mitgliedschaft beschuldigt werden. Selbstverständlich gilt ihnen unsere Solidarität, und genauso selbstverständlich ist es notwendig, neben materieller Hilfe zu versuchen, mit ihnen eine Auseinandersetzung um eine weitere Solidaritätsarbeit zu führen.

Text auf Initiative der Anti-Repressionsgruppe der AAHD, entnommen aus „radikale Zeiten" 4/96

NATO-Tagung in Berlin

Am 3./4. Juni '96 tagt im Hotel Interconti in Berlin der Ministerrat der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten. Behandelt wird, was von jeher Aufgabe der NATO ist: Die militärische Bekämpfung jedes möglichen "Feindes von außen". Ziel war es schon immer, den "wirtschaftlichen Wohlstand aller Mitglieder" der reichen Nordatlantikstaaten zu sichern. Mit dem Sieg über den Warschauer Pakt und dem Wegfall jeglichen vergleichbaren Militärbündnisses kann sich die NATO ganz auf Expansion und "Wohlstandsverteidigung" vor der weltweiten Armut konzentrieren. Dabei erfaßt die "Strategie einer Sicherheitspolitik", laut NATO-Oberst Richter, nahezu alle politischen Bereiche, "von der Verteidigungspolitik über die Außenpolitik, Wirtschaftspolitik bis hin zur Innenpolitik und erstreckt sich über eine Vielzahl von Aktionsfeldern".

Gerade Deutschland wird auf der Tagung als neue Großmacht in Europa bemüht sein, seine Interessen durchzusetzen. Zentrales Themas der Tagung wird die geplante NATO-Osterweiterung sowie die Neubestimmung der NATO-Politik nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes sein.
Ihre "Sicherheitspolitik nach außen und nach innen" bedeutet für viele Menschen Hunger, Krankheit, Krieg und Tod. Daher wird es eine Demonstration gegen die NATO-Tagung geben.

Die NATO: militärische Organisation zur Sicherung einer kapitalistischen Weltordnung
Mit der Kolonisation der abwertend "Dritte Welt" genannten Länder - 80% der Weltbevölkerung - teilten die nordatlantischen Staaten die ganze Welt unter sich auf, um sich Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern.
Formal unabhängig sind die Staaten der ehemaligen Kolonien bis heute wirtschaftlich abhängig von den NATO-Staaten. Sie sind auf Kredite der nordatlantischen Banken, vertreten durch den Internationalen Währungsfond (IWF) und die Weltbank angewiesen. Durch diese Abhängigkeit können Produktionsbedingungen diktiert werden, die darauf angelegt sind, den Profit eben dieser Banken zu erhöhen und nicht darauf, die Bevölkerung zu versorgen. Die Auswirkungen sind bekannt: Hunger, Krankheiten, Umweltkatastrophen und Kriege. Daraus resultiert der Wohlstand, dessen militärische Absicherung sich die NATO-Staaten auf die Fahne geschrieben haben. (...)

Osterweiterung

Den Sieg des Kapitalismus über die realsozialistischen Staaten in Osteuropa "gilt es unumkehrbar zu machen und sicherheitspolitisch abzusichern" (Bundesaußenminister Kinkel). (...) Rußland wird durch den Wegfall seiner bisherigen Verbündeten

sowie Handelspartner militärisch und wirtschaftlich geschwächt. Um einer völligen Isolation zu entgehen, hat es daher bisher entschieden, sich in Form des NATO-Kooperationsrates den NATO-Bedingungen zu beugen. Die NATO-Außengrenzen verschieben sich so zum "Kriesenbogen an der südöstlichen Peripherie Europas, einer Zone von Marokko bis zum indischen Ozean" (der ehemalige diensthöchste Soldat Generalinspekteur Naumann). Um sich dort Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern und gegen jegliche Störungen vorzugehen, bauen die NATO-Staaten Interventionsarmeen, sogenannte Krisenreaktionskräfte, auf. (...)

Deutschland -
aggressiv nach außen, repressiv nach innen

"Wir Deutsche müssen wieder eine Großmacht werden", kündigte Bundeskanzler Adenauer schon 1951 an. Vorrangiges Ziel der BRD war es von Beginn an, durch NATO-Beitritt und Anbiederung als Juniorpartner der USA eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu erreichen.

Mit dem Anschluß der DDR ist die BRD zur wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichten Zentralmacht in Europa geworden. Ideologisch begleitet durch die geschichtliche Revidierung der Verbrechen des Deutschen Faschismus und seiner Wehrmacht rüstet sich die BRD wieder für eine "Außenpolitik ohne Verkrampfungen" (Bundespräsident Herzog). Die Bundeswehr soll die "nationalen Interessen wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand" (Bundespräsident Herzog) sichern. Die Sicherheit wird von außen nicht mehr militärisch bedroht. Auf die deutsche Armee warten neue Aufgaben: "die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den umfassenden Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt" (Verteidigungspolitische Richtlinien des Bundeskriegsministeriums). Dazu muß Deutschland "als Subjekt der Weltinnenpolitik" unter "Einsatz von Leib und Leben ohne Unterscheidung nach Klassenlage" (Bundespräsident Herzog) wieder marschieren. Auch ihre "Innere Sicherheit" muß vor "importierter Kriminalität aus wirtschaftlich schwachen Staaten" (EX-BKA-Chef Zachert) geschützt werden. Dabei richtet sich die Repression auch gegen linken Widerstand, der dieser Politik entschlossen entgegentritt.

(...)

Volksgruppenpolitik

Flankiert wird die deutsche Ostexpansion von einer aggressiven Volksgruppenpolitik. "Es gibt bei uns das 'Gesetz des Blutes'. Die Staatsbürgerschaft ist etwas nach Art der Gene. Deshalb erteilen wir keine Staatsbürgerschaft, sondern bestätigen sie", philosophiert das Pressebüro der deutschen Botschaft in Warschau und "bestätigt" polnischen Staatsbürgern "volksdeutscher" Abstammung die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Bodenpolitik steht dem in nichts nach. Wiederholt hat Außenminister Kinkel die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens von 1945 angezweifelt, die die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn vorsah. Das Ziel ist, den "Raub am deutschen Eigentum" (Vertriebenenfunktionär und CDU-Politiker Hupka) rückgängig zu machen. Dazu wird z. B. in Kaliningrad mit Geldern des Bundesinnenministeriums die Ansiedlung "Deutschstämmiger" in zuvor aufgekauften Gebieten betrieben.

Deutschland - "lead nation" in Europa

Um die wirtschaftliche Expansion militärisch zu sichern, wird Deutschland die Osterweiterung der NATO bei der Ministerratstagung forcieren. Denn dadurch verschiebt sich "endlich" die NATO-Außengrenze, so daß die BRD kein Frontstaat mehr wäre. Das würde ihr den gewünschten Handlungsspielraum verschaffen, um "unverkrampft" weltweit militärisch und politisch intervenieren zu können.

Dazu wird Deutschland den Ausbau der "europäischen Verteidigungsidentität" innerhalb der NATO fordern, um "maßgeblicher Ordnungsfaktor des Kontinents zu sein. Ohne eine solche Weiterentwicklung könnte Deutschland aus eigenen Sicherheitsinteressen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen", drohen die CDU-Strategen Schäuble/Lamers

den europäischen Staaten und fordern "ein eigenständiges Handeln unter Nutzung der NATO-Mittel". Gleichzeitig soll die WEU zu einer selbständigen europäischen Verteidigung ausgebaut werden.

Deutschland marschiert weiter

Das Militär wird auf dem Weg zur Kriegsfähigkeit völlig umstrukturiert. Neben dem Wehrpflichtigenheer wird eine weltweit interventionsfähige Berufsarmee aufgebaut - die sogenannten Krisenreaktionskräfte. Sie bestehen aus ca. 50.000 Mann mit entsprechender Ausbildung und Ausrüstung. Daneben wird eine Elitetruppe nach Vorbild der GSG-9, das Kommando Spezialkräfte, mit ca. 1.000 Mann gebildet. Erste Feldversuche werden derzeit am Balkan unternommen. Auf eigene Nuklearwaffen wird zumindest vorerst noch verzichtet. Aber mit dem Bau des Atomreaktors Garching II wird die BRD die Kontrolle über atomwaffenfähiges Plutonium haben und jederzeit mit dem Bau von Nuklearwaffen drohen können. So bot die französische Regierung prompt an, Deutschland unter das Dach einer "konzentrierten atomaren Abschreckung" zu holen. CDU-Stratege Lamers forderte, das Angebot "positiv zu beantworten". (...)

Repressiv nach innen

Den Wohlstand, basierend auf Jahrhundertelanger Ausbeutung des Trikonts, sowie die Militarisierung der Gesellschaft hin zur weltweiten Interventionsfähigkeit, gilt es auch gegen den "Feind nach innen" zu sichern. So redet der EX-BKA-Chef Zachert dem starken Staat das Wort, der jedem "gesellschaftlichen Konfliktpotential die Zähne zeigen" müsse. "Am Anfang aller Legitimationsgründe des Staates" (...) müsse "der Schutz des Eigentums und der sonstigen privaten Rechtsgüter vor dem Übergriff anderer" stehen (CDU-Grundsatzforum '93). Die "innere Sicherheit", die hier geschützt werden soll, ist also nicht das legitime Bedürfnis eines jeden Menschen nach der Sicherheit, nicht erschlagen oder verschleppt zu werden, oder morgen genug zu Essen zu haben. Gemeint ist hier die Aufrechterhaltung eines Systems, das genau dies für die überwiegende Mehrheit der Menschen weltweit nicht vorsieht. (...)

Die Folgen des Imperialismus sind auch nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus die gleichen: weltweit Hunger, Tod, Krieg, Vertreibung und Zerstörung der Lebensgrundlagen. In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden die imperialistischen Staaten überall im Trikont von den Befreiungsbewegungen ergriffen. Der Vietcong in Vietnam zeigte den amerikanischen GI's ihre militärischen Grenzen und Kuba dem Rest der Welt, daß Kapitalismus für sie keine Lösung bereithält. Im Herzen der Bestie bildeten sich bewaffnete Gruppen mit antiimperialistischer Ausrichtung - wie in der BRD - RAF, Bewegung 2. Juni und RZ. Bis heute werden Menschen aus diesen Gruppen in Isolationshaft gefangengehalten und weiterhin mit Prozessen wie aktuell Birgit Hogefeld überzogen. Diesen Gefangenen gehört unsere Solidarität!

Viele Angriffsziele sind heute noch und wieder aktuell. Zentral sind dabei die NATO und die neue Großmachtpolitik der BRD, der Gewinnerin von vierzig Jahren NATO. Dagegen muß sich entschiedener Widerstand der Linken formieren.

Demonstration gegen die NATO-Tagung im Interconti-Hotel am 3. Juni 1996 um 17.00 Uhr auf dem Adenauerplatz in Berlin

Selbstverwaltete/Autonome Häuser & Zentren

Das Haus "STEFFI" in Karlsruhe

Die "STEFFI", das sind drei Häuser in der Stephanienstraße in Karlsruhe. Diese wurden 1990 besetzt. Das Grundstück gehört dem "Evangelischen Verein für Stadtmission" die es 1978 gekauft hatte, um dort ein Altersheim zu bauen. Die Häuser standen jedoch zwölf Jahre leer und verfielen. Fakt war, daß sie die Häuser aus Spekulationsgründen leer stehen ließen, um abzuwarten, wieviel Profit dabei herausspringen würde.

Nach der Besetzung haben wir die Häuser instandgesetzt und mit viel Zeit, Geld und Arbeit Wohnraum für über 50 Menschen geschaffen. Es hat große Räume für Café, Volxküche und einen großen Keller für Konzerte (Haifischbar). Mit dem großen Innenhof, den Werkstattgebäuden und einem riesigen zum Teil verwilderten Garten, bieten sich Möglichkeiten, die es innerhalb der Stadt nur noch für Reiche gibt.

Die "STEFFI" ist das einzige unabhängige und unkommerzielle Zentrum in Karlsruhe.

Nach der Besetzung haben wir 1991 einen Nutzungsvertrag für das ganze Anwesen durchgesetzt. Dieser Nutzungsvertrag - befristet bis zu Baubeginn des Altersheims - wurde 1992 von der Stadtmission mit fadenscheinigen Begründungen gekündigt. Die darauffolgenden Auseinandersetzungen wurden 1993 mit einem Vergleich beendet. Dieser Vergleich besagt, daß wir die Häuser sechs Wochen nach der Genehmigung eines Bauantrags räumen müssen. 1995 lud uns Bürgermeister Vöhringer - zuständig für Soziales und Jugend - zu einem Gespräch ein, um über Ersatzwohnraum zu verhandeln, da die Planungsarbeiten der Stadtmission angeblich sehr weit fortgeschritten seien und mit einer Räumung im Spätjahr zu rechnen sei. Für uns gab es jedoch nichts zu verhandeln. Wir bleiben drin!

Anfang des Jahres 1996 kam erneut ein Brief des Bürgermeisters, in dem er uns Verhandlungen vorschlug, außerdem vom Anwalt der Stadtmission, der uns einen endgültigen Rausschmiß für dieses Jahr androht. Wir wollen weiter in der "STEFFI" leben, etwas, was bei Verhandlungen mit der Stadtverwaltung gar nicht herauskommen kann. Wir stellen uns nicht gegen die Bedürfnisse alter Menschen, aber wir fordern ein Recht auf Platz zum Leben und Wohnen hier in der "STEFFI" und wir werden uns nicht vertreiben lassen. Für das viele Geld jedoch, das für den Neubau hier veranschlagt ist, kann die Stadtmission überall bauen. Unsere Lösung heißt, nicht nachzugeben, sondern die konsequente Verteidigung unserer "STEFFI" mit allen Besucher- und Un-

terstützerInnen.

Das JuZ in Selbstverwaltung Mannheim

Das JuZ ist das einzige Jugendzentrum seiner Art in Mannheim und Umgebung. Das in den Jahren 1971 -73 von einer breiten Jugendbewegung erkämpfte Zentrum hatte anfänglich seine Räumlichkeiten in der Innenstadt O4,8 bis es 1992 zum Verkauf des Gebäudes durch die Stadt an den Großkonzern Engelhorn & Sturm kam. Damit hat es die Stadt geschafft, das JuZ schließlich 1994 von der City an die Peripherie, sprich an den neuen Meßplatz zu verdrängen und ein zweistelliges Millionengeschäft zu machen.

Es gibt im JuZ zwei Gremien: die Vollversammlung (VV) und den Trägerverein. Der Trägerverein ist der Stadt gegenüber für die sinnvolle Verwendung der städtischen Zuschüsse verantwortlich, bildet die rechtliche Grundlage für das JuZ und ist Arbeitgeber der Geschäftsführung.

Die Vollversammlung, das sind alle Aktiven im JuZ, entscheidet über alles was im JuZ abläuft (Geldvergabe, Veranstaltungen, etc.). Um niemand zu übergehen werden alle Entscheidungen auf der VV im Konsens getroffen. Die Geschäftsführung ist für die kontinuierliche Besetzung des Büros, die Buchhaltungen usw. Zuständig. Sie hat aber keine leitende oder übergeordnete Funktion.

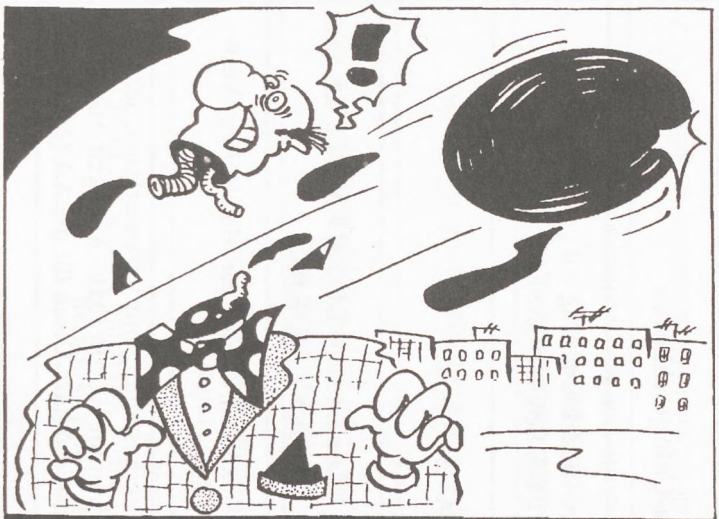
Wir verstehen uns als ein antifaschistisches, unkommerzielles und emanzipatorisches Jugend- und Kulturzentrum. Wir bieten einen,

KULTURCAFÉ
IM KARLSTORBAHNHOF
Freitag, 7.Juni
Psychedelic Local Heroes
Ax Genrich, Mesud-Mason-Stevenson, Lazuli
Freitag, 14.Juni
Crossover allthrough the night
Painting over Picasso +Judgement-Night-Disco
Montag, 17.Juni
Genialer Folkrock aus Seattle
The Walkabouts
Freitag, 21.Juni
Hardcore und Metal aus den Staaten
Pro Pain Support: Merauder, Rhythm Trip
Sonntag, 23.Juni
Melodycore aus Australien
Splatterheads
Freitag, 28.Juni
The Queen of Neo-Folk
Penelope Houston
Samstag, 6.Juli
Im Marstallhof Heidelberg
2. Fuzz-Now-Festival
mit Tocotronic, Lassie Singers u.a.

soweit es geht, herrschaftslosen Freiraum in dem sich mensch weitgehend selbstbestimmt verwirklichen und mitbestimmen kann. Das JuZ, welches bundesweit und darüber hinaus bekannt ist, ist über die Jahre zu einem aus Mannheim nicht mehr wegzudenkenden Zentrum gewachsen. Wir machen Discos, Konzerte, politische Infoveranstaltungen, Kabarett, Theater und Lesungen, stellen Räume für Bands, Kulturgruppen, Selbsthilfegruppen zu Verfügung.
Trotz allem sind wir in Folge unserer finanziellen Abhängigkeit von städtischen Zuschüssen dem permanenten Druck rechtskonservativer GemeinderatsmitgliederInnen ausgesetzt, die in ihrer politischen Engstirnigkeit und Ignoranz versuchen, unsere Zuschüsse immer weiter zu kürzen, bzw. das JuZ gleich zu schließen.
Leider müssen wir somit bei jeder Haushaltsberatung der Stadt Mannheim um unsere weitere Existenz bangen. Da die städtischen Zuschüsse gerademal unsere Fixkosten (Strom, Wasser, Heizung, Geschäftsführung, Versicherungen, Telefon usw.) decken, sind wir auf Einnahmen aus unseren Cafébetrieb angewiesen. Deshalb Leute, geht ins JuZ, bringt euch ein und seid solidarisch!

Die KTS-Freiburg

In jahrelangen Verhandlungen zwischen der Stadt und der AZ-Ini wurde klar, daß die Stadt nicht gewillt ist Räume für ein AZ zur Verfügung zu stellen. Deshalb wurde vor zwei Jahren auf dem Vaubangelände (ehemaliges französisches Kasernengelände) das Haus 11 besetzt und eine Kulturwoche veranstaltet. Die Kulturwoche wurde verlängert und erst durch die Räumung (mit sofortigem Abriß von Haus 11), drei Monate später beendet. Der Name KTS (KulturiniTiative in Selbstverwaltung), eine Anspielung auf ein Prestigeobjekt der Stadt Freiburg, entstand bereits vor dem Abriß von Haus 11. Die KTS-Aktivitäten gingen auch nach dem Abriß weiter und zwei Monate später wurde das Haus 34 auf dem Vaubangelände besetzt. Seit Januar '95 eine Duldung seitens der Stadt auslief ist das Haus 34 vom Abriß bedroht.
In der KTS finden Konzerte, Discos, politische Veranstaltungen, Volxküchen, Theater und ähnliche Veranstaltungen statt. Entscheidungen werden auf dem Hausplenum im Konsens gefällt, das Plenum ist für alle, die Interesse an der KTS haben, offen.



Das Autonome Zentrum im Juni

Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00

1 Sa	22.00 **MELODIEN FÜR MELONEN: 80er Pop-Disco** für die Anti-Repressions-Gruppe (**ARGH**)	**18 Di**	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vegane Vokü mit Drogen-Info-Treff von **Cannabis Legal**
2 So	**Antifa-Café geschlossen**	**19 Mi**	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ**
3 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**	**20 Do**	20.00 Vokü und Kneipe von **Dosse Posse**
4 Di	19.00 **ATA**-Treffen	**21 Fr**	20.00 **FrauenLesben Disco**
5 Mi	21.30 **Konzert** mit **BOXHAMSTERS** und **SKINNY NORRIS**	**22 Sa**	21.30 **Solidaritäts-Disco** der gewaltfreien Aktion Schwarze Katze (**GASK**) für kriminalisierte Castor-GegnerInnen
6 Do	20.00 Vokü und Kneipe der **Manischen Weststadt**	**23 So**	18.00 Antifa-Café 20.00 Informations- und Diskussionsveranstaltung des Arbeitskreises Indianer Heute e. V. zum Fall L. Peltier, mit Videofilm
7 Fr	19.00 Veranstaltung mit VertreterInnen der **Autonome Antifa (M)**, Göttingen (**Marstallsaal**) 21.30 **Solidaritäts-Disco** für die **AA (M)**, GÖ	**24 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** 20.00 Kneipe 20.30 Überraschungsfilm
8 Sa		**25 Di**	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vokü und Kneipe von **Out of Despair**

9 So	**Antifa-Café geschlossen**	**26 Mi**	20.00 Theater-Aufführung des Kontrapunkttheaters der aESG: "**DIE KAHLE SÄNGERIN**" **20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ**
10 Mo	**Frauen- und Lesbentag** 20.00 Vegane Vokü und Kneipe für Frauen und Lesben	**27 Do**	20.00 **RAINBOW**-Vokü und -Kneipe
11 Di	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vegane Vokü	**28 Fr**	**ZWEITÄGIGES AZ FÜNF-JAHRESFEST:** 21.30 Disco der **Manischen Weststadt**
12 Mi	**20.00 bis 21.00 Bürostunde des AZ**	**29 Sa**	13.00 **Flohmarkt und Hoffest** 19.00 **Das Konzi zum Fest** (Näheres dazu hinten)
13 Do	20.00 Vokü und Kneipe von **Dosse Posse**	**30 So**	**Katerfrühstück?**
14 Fr	22.00 **Acid Massacre!** Acid-House-Party mit DJ Mansi u.a., Chill-Out-Room (open end!)	**7.7. So**	18 .00 **Antifa-Café** 20.30 **HereinspAZiert!** - Das Quiz im AZ
15 Sa	22.00 Solidaritäts-Disco für die Wagenburg HD		**Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM** **Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen** **ab 21.30 Kultgruppe** **Mittwoch, 20.00 - 21.00 Bürostunde des AZ** **Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen (14-tägig)** **Sonntag, ab 18.00 Infoladen offen** **Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck**
16 So	18.00 **Antifa-Café** mit Film ab: 20.00 "**NO JUSTICE - NO PEACE**"		
17 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**		

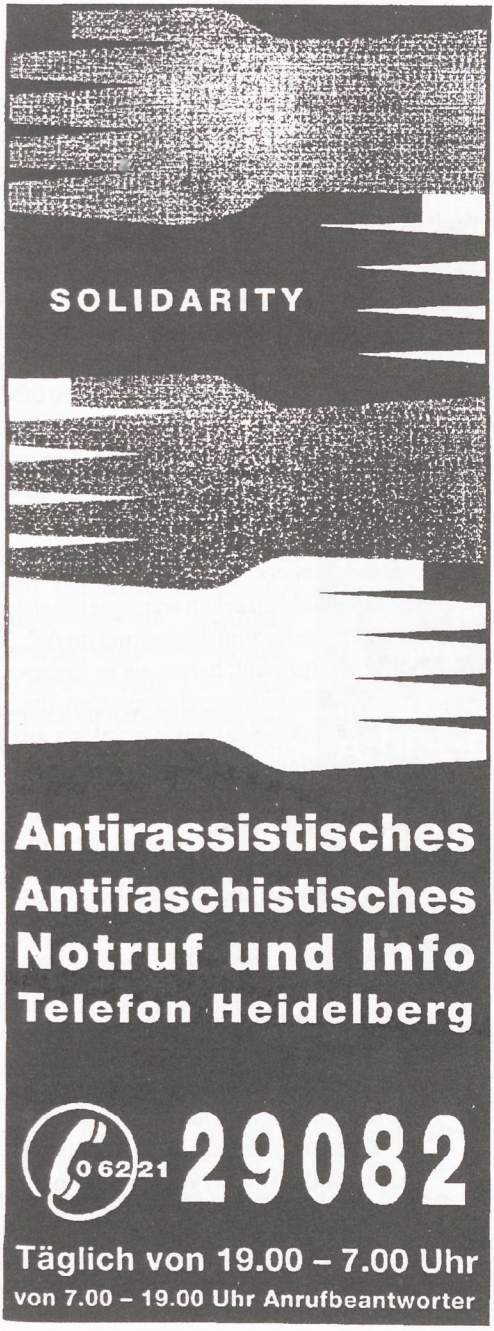
Demos & Veranstaltungen

Do, 30.05. - So, 02.06.:
I. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus in Berlin

Im Januar gab die zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen Neoliberalismus bekannt, das vom 27. Juli bis zum 3. August unter weltweiter Beteiligung in den zapatistischen Gebieten im Südosten Mexikos stattfinden wird. Zur Vorbereitung schlug die EZLN kontinentale Treffen vor, auf denen über die vielfältigen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Folgen des "Neoliberalismus" diskutiert werden soll. Am 1. Januar wurde Mexiko in die gemeinsame Freihandelszone mit den USA und Kanada, mit 370 Mio. VerbraucherInnen der größte zwischenstaatliche Binnenmarkt der Welt, integriert. Als am 1. Januar 94 indianische Aufständische im südöstlichen Bundesstaat Chiapas mehrere Städte besetzten und der mexikanischen Regierung der Krieg erklärten, ahnte noch niemand die Erschütterungen, die diese Rebellion auslösen würde. Zwei Jahre später hat sich die Situation in Mexiko grundlegend geändert. Während die seit Dezember 94 von Präsident Zedillo geführte Regierung aufgrund wirtschaftlicher Rezession und interner Machtkämpfe in eine ernste Krise geraten ist, hat die EZLN an politischem Einfluß gewonnen. Militärisch unterlegen und in den Lakandonischen Urwald zurückgedrängt, haben die Zapatistas einen gesellschaftlichen Wandel eingeleitet, der die über 60 Jahre alte Herrschaft der Staatspartei PRI ins Wanken bringt.

Der Aufstand der EZLN zielt nicht auf eine militärische Machtübernahme oder auf die Zerstörung der Machtzentren. Vielmehr stellen die Zapatistas ein politisches Gewissen dar, das auf der Suche nach einer neuen politischen Kultur ist. In der jetzigen Situation gehen von der EZLN Impulse zum Aufbau einer breiten und zivilen Oppositionsbewegung gegen die Einparteien-Diktatur aus. Das verbindende Element dieses neuen Bündnisses besteht in der gemeinsamen Ablehnung des auf alle Lebensbereiche wirkende neoliberalen Modernisierungsprogramms der Herrschenden, das die bestehende Ungleichheit - nach Angaben der UNO leben 40 Mio. MexikanerInnen in Armut - zementiert und verschärft.

Das YA BASTA! der Zapatistas ist eine Kriegserklärung gegen das weltweite neoliberale Projekt, dessen Auswirkungen nicht überall einheitlich sind, jedoch einer Grundidee folgen: Menschen dienen ausschließlich den sich am Weltmarkt orientierenden Verwertungsinteressen. Wer als Arbeitskraft oder KonsumentIn nicht in den Vermarktungsprozeß integriert werden kann, wird ausgegrenzt, überflüssig. Ob in der europäischen Union (EU) oder der nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), die neoliberalen Programme hinterlassen weltweit - wenn auch unterschiedlich brutal - schmerzhafte Spuren: Durch Privatisierungen, Rationalisierungen, steigende Lebenserhaltungskosten, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Einschränkungen im Gesundheits- und Bildungsbereich ... werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und ihrer Würde beraubt. Während transnationale Firmen "grenzenlos" agieren, wird die "Festung



EU" hermetisch gegen Flüchtlinge abgeschottet.

Neoliberalismus heißt weltweite Vereinheitlichung unter den Vorzeichen kapitalistischer "Globalisierung", aber gleichzeitig auch Verschärfung gesellschaftlicher Spaltungen und Unterdrükkungsverhältnisse. Die neuen Konfliktlinien gemäß der Politik der nationalen Abschottung zwischen den Deutschen und den ausländischen ArbeitsemmigrantInnen. Ausländische ArbeitnehmerInnen werden so zu Sündenböcken von Reallohnabsenkung und Arbeitslosigkeit. Die Debatte um den "Standort Deutschland" wird ausgenutzt, um weltweit Beschäftigte gegeneinander auszuspielen, und mit rassistischen Ressentiments werden Feindbilder geschaffen.

Die rassistische Hetze mündet in verschärfte Asyl- und Ausländergesetze, und der institutionalisierte Rassismus der deutschen Behörden, die Abschiebemaschinerie und die Kriminalisierung der Bevölkerung ohne deutschen Paß stellen angeblich den sozialen Frieden her. Die Ausländerfeindlichkeit in der BRD hat durch jüngste Veränderungen der Abschiebepraxis einen zusätzlichen legalen Rahmen bekommen. Wenig zimperlich sind die Regierenden auch, wenn es um die Absicherung der neuen Großmachtrolle Deutschlands geht. So werden die Interessen der Waffenindustrie geschützt, damit sie auch weiterhin die Armee des NATO-Partners Türkei beliefert und so den Terror gegen die Zivilbevölkerung Kurdistans erst möglich macht. Die staatstragenden Medien stempeln die hiesige kurdische Bevölkerung zu Terroristen und Gewalttätern ab. Die jüngsten Demonstrati-

onsverbote gegen KurdInnen stehen programmatisch für die Verweigerung der bürgerlich-demokratischen Grundrechte aller hier lebenden ausländischen Menschen. Sie gelten als Bürger dritter oder vierter Klasse. Die weltweite Aufforderung der Zapatistas, sich über neue Möglichkeiten emanzipatorischer Politik zu verständigen, stellt einen Chance dar, internationale Solidarität mit der Suche nach neuen politischen Perspektiven zu verbinden. Eine gemeinsame Opposition muß eine Sprache finden, die möglichst viele anspricht. Sie muß die Grenzen im Kopf und die Grenzen des Nationalstaats überschreiten. Das Treffen möchte dazu beitragen, die europaweite Kommunikation vieler Gruppen und Initiativen zu verbessern und so eine Grundlage für die weitere und ständige Zusammenarbeit in und zwischen den Ländern Europas zu schaffen. Wir laden alle Menschen europäischer und nicht-europäischer Herkunft ein, über Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde auf diesem Kontinent nachzudenken.

Erstes Treffen mit Infos über die Veranstaltung, Anmeldung, Videos, usw.: ab 10.00 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 19061 Berlin; die Tage darauf werden in der Regenbogenfabrik, im Baobab-Infoladen, im Haus am Köllnischen Park, im KOB, im Eimer, in der Köpi 137 weitere Veranstaltungen stattfinden; am Sonntag ab 14.00 Uhr Demo-Umzugaktion (WelcheR sich näher für das Treffen interessiert, kann sich an die Mexiko-Gruppe im FDCL wenden, die ihr Büro im Mehringhof hat.)

[Anm. d. Red.: Zu diesem internationalen Treffen ist vor kurzem ein mit Col unterschriebenes Kritikpapier veröffentlicht worden, das den Untertitel trägt: "*Wie die Jedi-Ritter beim intergalaktischen Kongreß für ihr Motto 'Gegen das Böse - für das Gute' weltweite Freundschaft und ganz viel Solidarität erhielten*". Wir wollen euch die Kritikpunkte dieses durchaus lesenswerten Papers nicht vorenthalten, müssen damit aber aufgrund der Länge des Textes auf die nächste *Sabotage* ausweichen. Wir werden euch dann mit den wichtigsten Kritikpunkten diese Papers konfrontieren.]

Mi, 05.06.: Konzert mit BOXHAMSTERS und SKINNY NORRIS im AZ Heidelberg

Nachdem für längere Zeit nichts von den Boxies zu hören und zu sehen war, spielen sie am 05.06. nun bereits zum dritten mal im AZ. Mit ihrem Powerpopunk haben sie es bisher jedesmal geschafft die Menschenmengen, die den AZ-Saal auf einmal als zu klein erschienen ließen, dazu zu bewegen, das Tnzbein zu schwingen.

Hervorragend paßt dann auch die andere Band aus Gießen, Skinny Norris, in dieses Szenario: Auch diese Band legt Wert auf Melodie, allerdings orientieren sie sich eher an Ami-Bands wie z. B. Samiam und singen nicht wie die Boxies auf deutsch, sondern auf englisch. Das letzte "normale" Konzert (normale Konzis gibts im AZ eigentlich nicht) vor der Sommerpause könnt ihr zum Supersondervorzugspreis von nur 8 Mark live im AZ-Studio miterleben.

Beginn: 21.00 Uhr

Fr, 07.06.: Veranstaltung mit VertreterInnen der Autonomen Antifa (M), Göttingen

Am 14.August 1996 beginnt der bisher größte Prozeß gegen autonome AntifaschistInnen in der Geschichte der BRD. 17 Menschen aus Göttingen sind angeklagt, Mitglieder einer kriminellen Vereinigung - der Autonomen Antifa (M) - nach §129 zu sein. Die Autonome Antifa (M) existiert seit 1990 und löste durch ihr legal angelegtes Konzept sowohl Sympathien als auch heftige Kritik in der autonomen und antiimperialistischen Szene aus. Eckpfeiler ihrer Politik sind öffentliche Präsenz, Bündnispolitik, regionale Verankerung und bundesweite Organisierung. Die Anklagen der Generalstaatsanwaltschaft beruhen fast ausschließlich auf Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Sollten sie durchkommen, ist dieses Urteil auf alle öffentlich arbeitenden Zusammenhänge übertragbar, die nachwievor antifaschistische und antiimperialistische Ziele formulieren. Die Tragweite dieses Prozesses und der dafür betriebene Aufwand spiegeln einen Teil der Entwicklungen wider, die derzeit im Bereich der „Inneren Sicherheit" von der Bundesregierung vorangetrieben werden. So z.B. die Repression gegen hier lebende KurdInnen bzw. die allgemeine Verschärfung der „Ausländergesetze" oder der „Große Lauschangriff".

Diesen Entwicklungen gilt es entgegenzutreten. Um die Autonome Antifa (M) während ihres Prozesses zu unterstützen, ist von Antifa-Gruppen aus Reutlingen, Stuttgart und Heidelberg ein Konzept entwickelt worden, was nun bundesweit verwirklicht werden soll.

Ziel ist es, unabhängig politischer „Grabenkämpfe", die finanzielle Situation der Angeklagten zu verbessern, denn die Kosten belaufen sich auf 500.000 DM pro Angeklagte(n).

Durch die „Reduktion" des politischen Prozesses auf die reine Existenzsicherung sollen einerseits Linksliberale und andererseits politisch andersdenkende AntifaschistInnen dazu bewegt werden, sich an der Kampagne zu beteiligen. Sie sieht folgendermaßen aus: Die 17 Angeklagten werden (zumindest formal) auf einzelne Städte oder Regionen aufgeteilt. In diesen gibt es Ortsgruppen, die sich darum kümmern, von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen Daueraufträge im Wert von insgesamt min. 500.- für die Dauer des Prozesses (ihr habt richtig gehört: 500 DM monatlich über mindestens 1Jahr aus jeder Stadt) zusammenzukriegen. Diese Summe reicht aus, um den „17" ein Polster zur Verfügung zu stellen, mit dem sie sicher

kalkulieren können und wäre natürlich ein Strich durch die Rechnung der Generalstaatsanwaltschaft, die mit ihren Prozessauflagen die persönliche Existenz der Angeklagten zerstören will.
Wer sich an der Aktion beteiligt, wird natürlich regelmäßig über Prozeßstand und finanzielle Lage informiert.
Rechtliche Bedenken gibt es insofern keine, da die Antifa (M) ja nur angeklagt, nicht aber als „kriminelle Vereinigung" verurteilt ist. (*Die Ortsgruppe für Heidelberg ist die Anti-Repressionsgruppe der Autonomen Antifa HD, c/o Infoladen „Moskito", Alte Bergheimerstr 7a, 69115 Heidelberg, Tel/Fax: 06221/22652*)
Solidarität mit der Autonomen Antifa (M)!
Einstellung der § 129 Verfahren und aller anderen §§ 129/129a-Verfahren!
Der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes entgegentreten!

Beginn: 19.00 Uhr, Marstallsaal im Marstallcafé

Veranstaltet von der Autonomem Antifa HD und der Antifa-Hochschulgruppe HD

So, 16.06.: **Antifa-Café** im AZ Heidelberg mit Filmveranstaltung

An diesem Abend soll - als Fortsetzung der Veranstaltungsreihe zu Mumia Abu Jamal und (Schwarzen) Widerstand in den USA - der etwa 60minütige Film „NO JUSTICE - NO PEACE" gezeigt werden. In diesem bisher noch nie gezeigten Film stellt sich die Kampagne für die Freiheit Mumias vor, um in Interviews mit AktionistInnen und sonstigen Beiträgen noch einmal genauer über diese Kampagne berichten zu können. (In diesem Rahmen wird vom 08. bis 18.07.96 im KarlstorbahnhofHeidelberg eine Ausstellung mit dem Titel „Art and Writing against Death Penalty" zu sehen sein; parallel zu dieser international von politischen Gefangenen unterstützten, mitgestalteten Ausstellung finden Veranstaltungen, Filme, Lesungen und Artperformances statt.)
Beginn: 20.00 Uhr
Veranstaltet vom Infobüro für die Freilassung der politischen Gefangenen

Nachtrag zum AZ-Quiz am 12.05.1996

Also: Uns behagt das ja gar nicht, wir machen so etwas gar nicht gern - aber wir wollen hiermit feststellen, daß das letzte AZ-Quiz **OBERSUPERKANONE** war. Abgesehen von der Verspätung, die die autonome Halbstundentoleranz bei weitem überschritt, und dem Fehlen der heißbegehrten Preise für die ersten drei gewinnenden Teilnahmegruppen, müßten wir den Veranstaltern auf einer Richterskala von 1 bis 10 die Traumnote 10 geben. Auch wenn Ihr das warme Wasser, in dem Ihr sonst zu duschen pflegt, in überdimensionale Pumpguns mitgebracht habt, um es mutwillig auf unschuldige QuizteilnehmerInnen zu schießen, die *keine* Regenschirme mitgebracht hatten, und die in glibbriger Soße eingelegten, Euch zum Geschenk gemachten Wiener *nicht* - wie sonst üblich bei Euch - mit funkelnden Augen *vor* den Augen der TeilnehmerInnen verschlungen habt, hat sich das fast zweimonatige Warten auf diesen Abend vollauf gelohnt. Weter so, Ihr habt uns viel Freude bereitet!
In der Hoffnung, das nächste Quiz-Team (das Euch *hoffentlich* am **07.07.**1996 beglükken wird) ob solcher Honigschmierereien nicht abgeschreckt zu haben

Euer autonomes,
naßgewordenes Redaktionskollektiv

So, 23.06.: **Antifa-Café** im AZ Heidelberg

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Fall Leonard Peltier, mit Videofilm

Im Rahmen dieser Veranstaltung soll noch einmal auf den mittlerweile über 20 Jahre alten Kampf um die Freilassung Leonard Peltiers sowie allgemein auf die Probleme indigener Völker aufmerksam gemacht werden. Am Anfang wird der 87minütige Videofilm "Incident of Oglala" gezeigt werden.

Beginn: 20.00 Uhr

Mi, 26.06.: **Theateraufführung** im AZ Heidelberg: "**DIE KAHLE SÄNGERIN**"

Wer ist "die kahle Sängerin"? Kahle Sängerinnen gibt es nicht! Selbst Shinnead O'Conner, die mal fast eine Glatze hatte, hat inzwischen keine mehr. Kein Wunder also, daß auch in Ionescos Stück mit dem gleichnamigen Titel eine kahle Sängerin keine Rolle spielt. Schließlich ist das Stück zutiefst realistisch - und deshalb so absurd wie das Leben.

So absurd wie der Krieg ist das zweite Stück des Abends. Ein Ehepaar besucht seinen Sohn mit Frühstückskörben zu einem genußvollen "Picknick im Felde", denn sie dachten, ihr Sohn langweile sich womöglich. Das Gewehr muß dieser zum Essen allerdings beiseite legen, da man nicht mit einem Gewehr in der Hand ißt, wie gut erzogene Söhne wissen! - Ein Antikriegsstück von Fernando Arrabal!

Es spielt das **Kontrapunkttheater**
der autonomen evangelischen
StudentInnengemeinde Heidelberg.

Beginn: 20.00 Uhr

Sa, 29.06.: **Fünf Jahre Autonomes Zentrum**: Das Konzi zum Fest

Fünf Jahre gibt es nun das AZ in Heidelberg; ein prima Anlaß, um mal wieder ein richtig dickes Fest zu veranstalten, zu dem natürlich auch ein Konzert gehört. Sechs Bands sind es die am Abend des 29.06. ab 20.00 Uhr ihr Programm dem Publikum in die Gehörgänge drücken:

Hardcore-Punk gibts von unser aller Lieblingen **LAW 'N' ORDER** zu hören.

Eine weitere Heidelberger Band sind **FLY THE BONE**, die vor ungefähr einem Jahr schonmal im AZ aufgetreten sind. Interessante Musik, die von einem Kenner der Szene als Psychodelic-Trash-Punk beschrieben wurde.

CAITH wird dann die FreundInnen des Hip-Hop beglücken, und zwar mit deutschen Texten.

Endlich mal wieder im AZ ist an diesem Abend auch wieder die Deutsch-Punk-"Legende" **KALTE ZEITEN**. Klassischer Polit-Punk in guter 80er Jahre Tradition, wie es ihn heute leider viel zu selten gibt. Nach einigen Besetzungswechseln zum ersten Mal in dieser Form im AZ.

Das es auch Reggae/Raggamuffin' Bands gibt, die ohne Haillie Selasse Texte prima für Tanzvergnügen sorgen können, werden **LEMON 8** aus Darmstadt heute erneut unterBeweiß stellen. Leider haben bis auf 50 Leute diese Kombo bei ihrem letzten AZ-Gig verpasst, die anwesenden waren jedoch hellauf begeistert!

EA 80 sind es nicht, die als letzte die Bühne betreten werden, aber eine gewisse Ähnlichkeit zu dieser Band ist bei **SERENE FALL** aus Möchengladbach nicht zu leugnen, schon deswegen, weil der Sänger von EA 80 (*und* der Schlagzeuger) mit von der Partie ist (sind). Düstere Musik, die auch als Punk-Ausgabe von Joy Division durchgehen könnte.

Wenn ihr nach diesem Live-Spektakel die Nase immer noch nicht voll habt, könnt ihr grad noch dableiben, weil's danach noch jede Menge **HITS AUS DER DOSE** gibt, präsentiert von erlesenen DJ's des Hauses.

Und das unverschämteste an der ganzen Sache ist mal wieder der Eintrittspreis: Der beträgt nämlich dreisterweise die Unsumme von einer **freiwilligen Spende!**

Beginn des Konzerts: 19.00 Uhr

Richtigstellung und Kritik zum Vorwort der *Sabotage* Mai ´96:

Hallo „autonomes" Redaktionskollektiv!

Wer hat Euch eigentlich ins Hirn geschissen, so eine komische Kritik zu der Einlassung vor Gericht zu schreiben???
Wenn Ihr den Schreiber nicht ziemlich gut kennen würdet, so könnte ich Euch das vielleicht nicht so arg übel nehmen, aber da das nicht der Fall ist, finde ich Eure Formulierungen echt die Höhe der Unverschämtheit, gegen eigene Genossen zu agitieren.
Herr [redacted], es ist zwar recht schön für Dich, wenn Du tolle Fachworte und -formulierungen aufschreiben kannst, aber was nützt es Dir (außer intellektueller Onanie), wenn das nur die wenigsten Menschen verstehen (und das sind meistens die intellektuellen BürgerInnen, die zu einem großen Anteil durch ihre Abgehobenheit von der Menschenbasis das bestehende System stützen und für die maroden Zustände mitverantwortlich sind).
Ihr unterstellt mir, daß ich naiv wäre und daß ich den „Traum einer identitären Demokratie rousseauscher Prägung geträumt" hätte. Das ist doch blanker Hirnriß. Ganz abgesehen davon, daß ich nicht weiß, was sich hinter der Formulierung für ein abgefahrenes Gesellschaftsmodell verbirgt, kann ich Euch nur empfehlen, vor der nächsten Sabotage nicht soviel zu saufen, zu kiffen und eventuell etwas mehr zu schlafen. Ihr könnt Euch gewiß sein, daß ich Eure Worte persönlich nehme und nicht nur als palim-palim-Kritik werte.
So, haben die Herren Redakteure schon mal was von einer Rätedemokratie gehört? Nämlich genau auf diese Gesellschaftsform bezogen sich meine Formulierungen und es gehört nicht allzu viel Phantasie dazu, das auch zu verstehen (das haben nämlich die meisten Leute verstanden, außer Euch aufgeblähten Wasserköpfen).
Die Rätedemokratie kommt meinem Verständnis von Anarchie sehr sehr nahe und daher strebe ich sie als Ablösung des Parlamentarismus an.
Da Du Herr [redacted] meines Wissens nach noch nichts über positive Utopien geschrieben hast (obwohl eine Räterepublik nicht so utopisch ist; die gab´s nämlich schon sogar in Deutschland), kann ich Dir empfehlen, vielleicht mal einen Aufsatz darüber zu schreiben, aber bitte so, daß auch ich ihn mit meiner mittelmäßigen Allgemeinbildung verstehen kann, denn sonst ist der Text sinnlos und Du kannst Dir höchstens einen drauf wichsen. Wofür schreibst Du denn Deine Texte? Willst Du die breiten Massen erreichen oder irgendwelche StudentInnen? Für letzteren Fall solltest Du lieber in einer StudentInnenzeitung auftreten.

Nichtsdestotrotz bin ich natürlich froh darüber, daß es die *Sabotage* gibt und daß es einige Menschen hat, die sich dafür verantwortlich fühlen. Ich denke, daß Ihr mit meinen Worten richtig umgehen könnt und daß sie Eure Motivation nicht schmälern werden.

Die Faust zum Gruße

Mister Symbol (nicht Simpel, hö, hö)

PS: Es ist schon sehr komisch, ja lächerlich, daß ich mir gerade von Euch sagen lassen muß, in was für einem System wir leben und wie dieser Staat mit Repression umgeht. Wenn Ihr Eure Formulierungen in Zukunft nicht ein klein wenig besser überlegt oder wenigstens ein gewisser Zynismus ersichtlich ist, werde ich sehr böse.

Landhaus Almensee

Tummelplatz für Rechtsradikale in Bad Dürkheim

Das Landhaus Almensee, ein beim pfälzischen Bad Dürkheim gelegenes Gasthaus, sorgte in der letzten Zeit in verschiedenen Kreisen immer wieder für Aufsehen. Es wurde vermehrt als Veranstaltungsort von rechtsextremen und neonazistischen Organisationen genutzt. Jüngster Auftritt der Rechten sollte ein sogenannter „2. Runder Tisch der Rechten in Rheinland-Pfalz" werden, für den 13. April 96 wurden von Mitgliedern der Deutschen Liga für Volk und Heimat und der Republikaner verschiedene Parteien des rechten Spektrums ins Landhaus geladen. Daß das geplante Treffen dort nicht stattfand, sondern an einen andern Ort im Raum Ludwigshafen ausweichen mußte, lag an der Öffentlichkeitsarbeit regionaler Antifagruppen, die dem dortigen Treiben schon einige Zeit aufmerksam hinterher waren.

Bereits am 4.3.95 trafen sich militante Neonazis aus dem Umfeld der verboten FAP im Landhaus Almensee. Etwa 100 organisierte Faschisten aus dem Südwesten der BRD nahmen teil. Unter anderem René Rodriguez-Teufer aus Viernheim, Kader der verbotenen DA/ANK, Mitglied des Deutschen Freundeskreises der AWB (Afrikaaner Widerstands Bewegung des E.Terre Blanche in Südafrika, die gegen die Aufhebung des Apartheidsregimes kämpft).

Es folgte ein Konzert (vermutlich Frank Rennike) am 9.12.95. Unter den BesucherInnen waren zahlreiche Skinheads, insgesamt wurde von ca. 250 BesucherInnen berichtet. Obwohl die Nazis mit Fußstreifen das umliegende Gelände absicherten, mußten einige KonzertbesucherInnen nach Beendigung der Veranstaltung feststellen, daß ihre Autos zerstört wurden.

Ein weiteres Konzert u. a. mit den Gruppen STARKSTROM, NULL ACHT FUFFZEHN, VOLLSTRECKER und erneut Frank Rennicke fand am 2.3.96 auf Einladung der NPD statt. Diesmal werden über 90 Autos beobachtet, deren Insassen zu den KonzertbesucherInnen zählen. Die aus dem gesamten süddeutschen Raum, aus Ostdeutschland, Österreich, Belgien und Frankreich angereisten Nazis, werden von bewaffneten Schleusern zum Landhaus geleitet. In den angrenzenden Stadtgebieten patrouillieren Autostreifen bewaffneter und mit Funk und Mobiltelefonen ausgestatteter rechtsextremer Skinheads. Trotzdem werden diverse Fahrzeuge der Faschisten angegriffen und zerstört. Das Konzert war als NPD Wahlfest angekündigt.

Bei diesen Konzerten dürfte Torsten Lemmer, ehemaliger Manager der Nazi-Rocker "STÖRKRAFT" und Mitherausgeber der "Moderne Zeiten", einer Musikzeitung, die sich hauptsächlich in Sachen Rechtsrock engagiert, nicht fehlen. Einige der in Bad Dürkheim aufgetretenen Bands stehen bei T. Lemmer unter Vertag. "Moderne Zeiten" wurde von dem ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden NRW Axel Zehnsdorf, Christian Eitel vom Label "Dorfmusik" und Manfred Rouhs von der Deutschen Liga (später mehr) initiiert. Von Düsseldorf aus erscheint das Blatt mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren (eigene Angabe). Zielgruppen sind die rechte Jugendbewegung und faschistische Skinheads. Aufgrund des Ausscheidens von M. Rouhs und antifaschistischer Aktionen steht "Moderne Zeiten" kurz vor dem finanziellen Ruin. So könnten die Konzerte in Bad Dürkheim auch zur finanziellen Rettungsspritze für die Rechtsrocker dienen.

Ein weiteres Großereignis für organisierte Neo- und Alt-Nazis fand am 9.3.96 ebenfalls in Bad Dürkheim Almensee statt. Die Jahreshauptversammlung der HNG („Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene") mit ca. 260 angereisten Kadern des organisierten ultrarechten Spektrums. Vom BAB-Rasthof „Wetterau" in Hessen wurden die BesucherInnen von Siggi Borchardt nach Dürkheim weitergeleitet. Die Eröffnungsrede wurde von der HNG-Vorsitzenden Ursula Müller gehalten. Weitere Redner waren Wolfgang Juchem und der Rechtsanwalt Konrad Hoffmann aus Frank-

furt a. M., er ist Präsident der Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich (VLDO) und der Nationalversammlung des Deutschen Ostens (NDO). Hoffmann gilt als wichtige Kontaktperson ins bürgerliche Lager. Im Verlauf des Treffens, der als „ultramilitant" geltenden HNG, wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Weiterhin dürfte die Vorbereitung für den bevorstehenden Prozeß gegen Gerry Lauck in Hamburg ein wichtiges Thema auf dem HNG Treffen gewesen sein.

Grußadressen von inhaftierten Neonazis aus der BRD, Frankreich, Belgien und Dänemark wurden verlesen und das tausendste HNG-Mitglied wurde begrüßt. Am Abend durfte erneut der Nazi-Liederbarde F. Rennicke seine braunen Gesänge zum Besten geben. Ein Teil der Gäste übernachtet auch im „Landhaus Almensee" und verläßt die Örtlichkeiten am 10. März um 10 Uhr. Die HNG berichtet erfreut in ihren Nachrichten über die große Zahl junger TeilnehmerInnen, die auch das Bild bestimmten. Wie Augenzeugen berichteten, standen vor dem Anwesen 50 bis 60 Mann mit Glatzköpfen und Springerstiefeln; es gab fast kein Durchkommen mehr.

Aus der Region Rhein-Neckar nahmen u. a. teil: Christian Hehl aus Ludwigshafen, René Rodriguez-Teufer, beide seit Jahren Kader der HNG, und Gerd Eisner, der als Kontaktadresse für eine „Kameradschaft Odenwald" fungiert. Auch Vertreter von Burschenschaften nahmen an diesem Treffen teil und versorgten die Gäste mit Material der verbotenen NSDAP/AO!

Am 23./24. März 1996, nur zwei Wochen später, fand im "Landhaus Almensee" dann der Bundesparteitag der NPD statt. Die NPD hat sich im Gefolge der Parteiverbote von NF, FAP, DA, WJ etc. zum Sammelbekken der rechten Szene entwickelt. So hoffen die NPDler die nahezu bedeutungslose Stellung der NPD wenigstens in diesem Bereich auszubauen. Dort können sich Neonazis erneut sammeln und neue Strukturen aufbauen. So ist gewissermaßen mit einer Art "Einheitsfront" unter dem Namen NPD zu rechnen! Hintergedanke ist der alte Traum der NPD, mit den anderen Parteien eine Wahlplattform zu bilden, und endlich einmal Einfluß zu gewinnen. Vorantreibende Kraft ist hierbei u. a. Günter Deckert. (...) Der Parteitag verlief leider ohne jegliche Störungen; nur die Polizei hielt sich in der näheren Umgebung auf.

Im Rahmen von sogenannten "Runden Tischen" versuchen die Rechten, Wahlplattformen zu schaffen. Der erste "Runde Tisch" fand am 2. Oktober 1995 in Ludwigshafen statt, ca. 40 VertreterInnen von NPD, DVU, REP, Aufbruch '94, Bund Freier Bürger und der DSU nahmen auf Einladung der Deutschen Liga für Volk und Heimat an dem Treffen teil. Unter ihnen auch die Heidelberger REPs Werner Beck (REP-Stadtrat) und Ellen Geyger (REP-Kreisvorsitzende Rhein/Neckar Kreis, wurde mittlerweile wegen ihrer Teilnahme am Runden Tisch aus der Partei ausgeschlossen). Von diesem Kreis wurde am 2.10.95 der "Pfälzer Aufruf" verabschiedet, der die Schaffung einer rechten Wahlplattform fordert. Ähnliche Treffen finden seit einem Jahr bundesweit statt und liegen im Trend des neofaschistischen Parteienspektrums. Das rechte Ideologieorgan "Nation und Europa" berichtet in den letzten Ausgaben von diversen Aufrufen. Die Stoßrichtung charakterisiert ein Zitat aus der "Pulheimer Erklärung" (...): "... es muß Schluß sein mit dem Gegeneinander eigentlich Gleichgesinnter. Nur wenn die vernünftigen Patrioten zusammenfinden, kann der Zerfall gestoppt werden ..." Begonnen haben die Bemühungen der DLVH bereits im Oktober '94 in Ludwigshafen; weitere Treffen fanden im November '94 und Januar '95 ebenfalls in Ludwigshafen statt.

Zu dem geplanten Treffen am 13. April '96

luden Mitglieder der Deutschen Liga und der Republikaner ein. Namentlich sind das Bernhard Weiche (ehemalige Kreisvorsitzender der DVU Ludwigshafen, jetzt Landesvorsitzender der Deutschen Liga), Ernst Georg Schlosser (Mitglied der Deutschen Liga), Hans Rustemeyer (Arbeitskreis der ökologischen Patrioten und Mitglied der REPs) und Rolf Schneider (ebenfalls Mitglied der REP). Als Stargast wurde der Herausgeber der bereits erwähnten Nazi-Postille "Nation und Europa" und ehemalige Europaparlamentarier (für die DLVH, deren Bundessprecher er ebenfalls ist) Harald Neubauer aus Coburg angekündigt. Er sollte einen Beitrag zum Thema " Das Elend und neue Chancen der politischen Rechten in Deutschland" vortragen.

Das Treffen wurde, nachdem es öffentlich bekannt wurde und die Grünen eine Presseerklärung dazu abgaben, in der sie von möglichen gewalttätigen Auseinandersetzungen sprachen, und nach einem versuchten Brandanschlag auf das Ausflugslokal (es handelt sich um ein bewohntes Haus) im Vorfeld, abgesagt. Die Rechten koordinierten über Schleuser am Ludwigshafener Bahnhof die anreisenden FaschistInnen in eine Ludwigshafener Gaststätte um, welche dann wie auch das Landhaus Almensee unter Polizeischutz stand. Das Treffen konnte dann ungehindert stattfinden, im Umfeld der Tagung tauchten immer wieder größere Gruppen von Neonazis auf, die wohl der FAP zuzuordnen sind. An dem Treffen nahmen nach eigenen Angaben rund 200 Personen teil und es sprach unter anderem der stellvertretende Landesvorsitzende der Republikaner im Saarland.

Am gleichen Tag beschloß der DL Parteivorstand, ebenfalls in Ludwigshafen (...), den Parteistatus der DLVH aufzugeben und sich in einen Verein umzuwandeln, was allerdings erst auf dem nächsten Bundesparteitag endgültig beschlossen werden soll. Diese Entscheidung steht in absoluter Tradition zu dem neuen Konzept der Rechten, wie es auch der Runde Tisch tut.

Die Geschehnisse um das Landhaus Almensee haben auf lokaler Ebene für einigen Wirbel gesorgt. Der Bürgermeister Dürkheims war entrüstet, daß er von den neonazistischen Umtrieben in seiner Gemeinde nicht informiert wurde, obwohl diese Treffen schon längere Zeit unter „polizeilicher Beobachtung" standen.

Die Polizei hielt es nicht für notwendig zu informieren, da sie keinen Wirbel um die Treffen machen wollte. Der Schluß liegt nahe, wie der Organisator einiger Veranstaltungen und NPD-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz Wilhelm Herbi (Niederotterbach) berichtete, daß die NPD einen guten Kontakt zur Polizei habe. Seit ca. eineinhalb Jahren sind außerdem immer wieder Mitarbeiter des Verfassungsschutzes als V-Leute in rechten Zirkeln im Süden der BRD aktiv. Mehrere großangelegte Neonazi-Treffen wurden von VSlern organisiert, auch in der Rhein/Nekkar-Region sind mehrere V-Leute in der rechten Szene aktiv. Der Pächter der Kneipe Wolfgang Jescke, von der NPD als guter Kamerad bezeichnet, ist sich momentan seiner Zukunft nicht mehr so sicher, da der Besitzer, die Helmut Knaus KG aus Bayern, sein Handeln nicht mehr duldet und den Pachtvertrag aufkündigen will. Außerdem sieht er sich in der letzten massiven Drohungen ausgesetzt, die bereits in einem versuchten Brandanschlag auf das von ihm und seiner Frau bewohnte Landhaus gipfelten. Antifaschistische Gruppen aus dem Rhein/Neckar Kreis hingegen, haben in einer Postwurfsendungca. 500 Haushalte in Dürkheim, Almensee und Ungstein über die rechten Umtriebe informiert.

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Militante Neonazis und Burschenschaften

Maisingen 96, so unpolitisch wie noch nie?

Schon im Vorfeld des diesjährigen Maiansingens wurde von RNZ und Burschenschaften die „rechte" Stimmung gegen autonome antifaschistische Proteste gemacht. Was da herauf beschworen wurde, klingt in RNZ vom 30.04.96 wie folgt: „... in der Stadt kursieren auch Flugblätter der Autonomen, die zum „Mili-Tanzen" (...) aufrufen. Diese Aufrufe sind linksextremen Gruppen zuzuordnen." (RNZ Autor HR)

„... das Maisingen in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai hat in Heidelberg ein lange Tradition (...) als „Begrüßung und Dank" an die Stadt ...", so Ekkehard Eisenlohr (Sprecher der im CC (Coburger Convent) zusammengeschlossenen Heidelberger Turner und Landsmannschaften, selbst Mitglied in der Landsmannschschaft Teutonia HD, deren Alter Herr Fritz Hippler in Goebbels Reichspropagandaministerium schon früh zu Ruhm und Ehren gelangte und nach dem Krieg in unzähligen Artikeln in den Nazipostillen „NATION", „Nation und Europa", „Nationalzeitung" und immer auch in den „CC-Blättern" seine braunen Thesen zum besten gab.) und: "... Wir sind uns der Vorfälle der letzten Jahre bewußt und haben entsprechende Vorsorge getroffen." (Polizeisprecher H. Kreuzer.) Weiter im RNZ Text: „... Autonomen werfen alle farbentragenden Studenten in einen Topf und ignorieren oft große demokratische Traditionen."

Stimmt! Wenn es um die Tradition eines frauenverachtenden Weltbildes, um die systematische elitäre Heranzüchtung von zukünftigen Herrschenden Mannsbildern und die chauvinistische Verherrlichung des „Deutschen Vaterlandes" geht, werfen wir die Burschenschaften, Landsmannschaften, Turnerschaften und Verbindungen in einen Topf. Auf diese Traditionen können wir gut verzichten. In den Topf damit, Deckel drauf und runtergespült!

Seit Jahren kommen antifaschistische und fortschrittlich denkende Menschen in der Nacht zum 1. Mai auf den Marktplatz, um zu zeigen, was sie von der „Begrüßung der Stadt Heidelberg durch ihre Farbenstudenten" halten. „Der Mai ist gekommen" und die Nationalhymne in allen drei Strophen (die ausdrücklich von Burschenschaften gutgeheißen werden), gingen in gellenden Pfeifkonzerten unter. So trauten sich immer weniger Burschen offen zu singen, konnten sie sich doch, anscheinend trotz immer größerem Schutzaufgebotes der Polizei, nicht ihres Lebens und ihres „Lamettas" sicher sein. Im vergangenen Jahr wurde das Maisingen erstmals von der Burschenschaft Normannia ausgerichtet, die TeilnehmerInnenzahl belief sich auf ganze 15-20 Personen. Aufgrund der Absage der Burschenschaft Allemannia, die in den Jahren zuvor das Maisingen organisiert hatte, schien sich das rechte Profilierungsfeld für die ultrarechte Normannia aufzutun. Erst jüngst fanden sich Anzeigen der Normannia im Anzeigenteil der JF, in denen die „... nationale Studentenverbindung ..." um neue deutsche Mitglieder wirbt. Einige Normannen dürften ja größere Polizeiaufgebote und abgeschirmte DemonstrantInnen von rechten Aufmärschen und Treffen der Republikaner, an denen sie teilgenommen haben, gewohnt sein.

Auch die Tatsache, daß einige Normannen im vergangenen Jahr den Heimweg mit er-

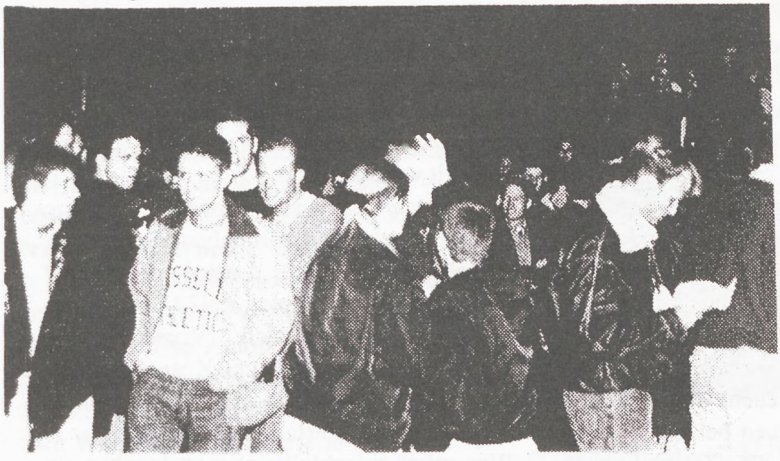
heblichen Blessuren und Verbeulungen antreten durften, hielt sie diesmal nicht davon ab, erneut zu mobilisieren. Was sich dann gegen 23.45 Uhr am 30. April 96 vom Haus der Normannen am Schloßberg auf den Weg machte, entlarvt die 100-jährige Tradition als braunes Spektakel. Mitglieder der „Deutschen Gildenschaften", deren prominentestes Mitglied Ernst Anrich bereits in der NSDAP unter Himmler, Heydrich und Frank zu Ehren kam. Mitglieder der Freiburger Gilde „Balmung" bekleideten 1991 die Rolle des örtlichen Sprechers (Martin Schmidt) und des Chefredakteurs (Dieter Stein, der zudem ehemaliger Funktionär der REP-Abspaltung „Freiheitliche Volkspartei ist) der ultrarechten Wochenzeitung Junge Freiheit (JF).

Weiter im Verbund auf dem Weg zum Platz vor dem Rathaus und Heiliggeistkirche zahlreiche Mitglieder der Burschenschaft Normannia, die unter anderem Mitglieder der Republikaner, der „letzten Ortsgruppen der NSDAP" der Europa Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg zu den Ihren zählen dürfen. Die Tradition dieser Verbindung zieht in den letzten zwanzig Jahren ein braune Schleimspur durch die Heidelberger StudentInnenschaft.

Als Kontaktadresse des NHB in den siebziger Jahren, über Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen wie den REP, der Gruppe „LUST" und „FORUM 90" und zuletzt mit der Liste „Freiheit der Andersdenkenden" zur Heidelberger Studi-Parlamentswahl 1995. Der bekannteste Rechte aus Kreisen der Normannia dürfte W. Unold sein, der unter anderem für die REP zur Gemeinderatswahl 1994 kandidierte, und gute Kontakte zu „Größen" wie M. Dangel und zu Kreisen um die JF unterhält.

Neben vereinzelten Mitgliedern anderer Burschenschaften und Verbindungen fiel noch eine größere Gruppe junger Neo-Nazis, teilweise offensichtlich Skinheads auf. Unter ihnen u. a. Andreas Gängel aus Karlsbad bei Bruchsal und Bernd Wolf (besser bekannt als SS-Bernd) und dessen Freundin.

Andreas Gängel kann getrost als Schnittstelle zwischen rechtsradikaler Skinheadszene und organisiertem militanten Neofaschismus für die Region Rhein/Neckar bis in den Kraichgau und in die Pfalz bezeichnet werden. Der von ihm betriebene „Endsieg-Versand" belieferte Anfang der 90er die Naziszene bundesweit mit Totschlagmusik von Störkraft über Tonstörung bis hin zu



Nazi-Schläger unter den Maiansängern, die später Antifas angreifen

Frank Rennicke. Neben seiner Mitgliedschaft in der 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF) trieb er zu dieser Zeit die Erstellung der rechten Terrorfahndungsliste „Der Einblick" voran. Er war es, der die gedruckten Broschüren mit über 250 Namen von AntifaschistInnen, JournalistInnen und Linken, die zum „Abschuß" freigegeben wurden, druckfrisch in der Druckerei des Altnazis E. Hefendehl in Rodach abholte. Gängel saß auf der Anklagebank im anschließenden „Einblick-Prozess", sein Fahrer bei diesem Prozeß (Gängel hat keinen „Führer"schein), vermutlich Jürgen Ludwig aus Karlsdorf bei Bruchsal, befand sich ebenfalls unter den Maisängern. Jürgen Ludwig übernahm den Endsieg-Versand von Gängel. Zahlreiche Hausdurchsungen und Verfahren hatten den braunen Handel vorübergehend eingeschränkt. Der von Ludwig geführte „V 88 Versand" versuchte als Nachfolger jedoch den breiten Nazikundenkreis weiterhin dem Motto getreu: „ Der Kampf geht weiter! Bis zum Tod!" (J. Ludwig in einem Interview im Fanzine „Haß Attacke") mit T-Shirts, Platten, CD's und Videoaufnahmen von ultrarechten Skinheads und Aufmärschen zu versorgen. Bernd Wolf ist stadtbekannter Nazi-Skinhead mit Kontakten zu Mitgliedern von Wehrsportgruppen und mehrfach wegen Straftaten mit rechtsextremem und antisemitischem Hintergrund verurteilt.

Dieser, ca. 40-50 Personen umfassende Braune Haufen, darunter sehr viele junge Frauen, fand sich denn auch dieses Jahr zum unpolitischen Maisingen auf dem Marktplatz ein. Anscheinend legen die Burschenschaften großen Wert auf einen „offenen' Charakter, sind doch in der Regel Frauen bei ihnen ausgeschlossen und werden als „Zierrat" gehandelt. Unter der Begleitung von zwei Gitarrenspielern wurden unverfängliche Liedchen wie „Der Mai ist gekommen" oder „Die Gedanken sind frei" geträllert. Wo einige mit ihren Gedanken waren, offenbarte sich am Rande der Sänger; protestierende AntifaschistInnen wurden aus dem Kreis der Burschen und Skins attackiert, Fotografen massiv angegriffen. Als sich die Angreifer mit Kopfweh und Beulen zurückzogen, sahen sich sogar die Bullen gezwungen, die abtickenden Faschos im Zaum zu halten. Vereinzelt fliegende Böller, abhanden gekommene Burschenutensilien und Arschtritte riefen immer wieder die Bullen auf den Plan. Ein Antifa wurde vorübergehend festgenommen. Schon in den vergangenen Jahren bestimmte ein massives Polizeiaufgebot, ein ausgeleuchteter Marktplatz und mehrere Videokameras auf dem Balkon des Rathauses das Bild des 30. April. Das diesjährige Spektakel ging vergleichsweise ruhig über die Bühne, nur vereinzelt kam es zu Jagdszenen und flüchtenden Antifas. Im Verlauf des weiteren Abends wurde der Kreis um Gängel und B. Wolf in der Unteren Straße gesichtet. Die Nazis flüchteten unter Prügel Hals über Kopf in den „Großen Mohren", flogen dort jedoch blitzschnell wieder raus und schafften es nur mit einiger Mühe, den Weg zum Taxi ohne weitere Prügel zu beziehen, mit dem sie fluchtartig die Altstadt verließen.

Wen erstaunt es da schon, daß die RNZ am 2.05.96 in einem dümmlichen Kommentar vergeblich nach einem „Lustgewinn" sucht? Mal wieder gar nix kapiert RNZ? Der Schlußsatz steht wohl für sich: „Vorschlag fürs nächste Jahr: Autonome und Korporierte singen abwechselnd ihre Lieder, das Publikum übernimmt die Wertung".

Wesentlich aufschlußreicher ist da schon ein

Artikel von Kurt Wolf in der JF vom 10.05.96. Wortreich hetzt er gegen die antifaschistischen DemonstrantInnen, die sogar versucht hätten, in den Garten der Normannia einzudringen. „Armselig in Wortschatz und Zukunft; der Lauf der Zeit hat ihre kranken Konzepte zerrieben, Marx und Lenin sind tot ...". Was die Polemik und Aufmachung betrifft, ist der Artikel gut auf die nationalbraune LeserInnenschaft abgestimmt. Es muß der blanke Horror gewesen sein, ihr tut uns leid. Wie alleine sie stehen, zeigt, daß, laut JF vom 10. Mai 96, sogar OB Beate Weber die antifaschistischen Proteste unterstützt. Immerhin weiß der Autor relativ gut über die Geschehnisse der letzten Jahre bescheid, offensichtlich werden in Kreisen der Heidelberger Burschenschaften auch linke Flugis aufmerksam gelesen. Der selbe Text kursiert auch im rechtsextremen Computernetz „Thule" (siehe dazu auch *Sabotage* 03/96).

Im Ruprecht findet sich zu guter Letzt auch noch eine Glosse, die sich mit den Protesten gegen das burschenschaftliche Maisingen befaßt. Hilgegard zeigt sich darin guter Hoffnung, daß es im nächsten Jahr wieder spannender, ja aufregender werden wird. Obwohl sie eher enttäuscht war, "leider keine Nazilieder zu hören", so schreibt sie in ihrer Glosse, hat sie ihre "Eier auf die Burschen geworfen". Bedauernswerterweise konnte sie gar keine richtig bösen Nazis wiedererkennen und überhaupt, diese schwarz/weiß -, gut/böse-Mentalität. Eine genauere Wiedergabe ersparen wir uns lieber. Zwei Tips: Informiere dich doch mal auf einer der Veranstaltungen, die jährlich im Vorfeld des Maisingens stattfinden. Die Autonome Antifa Heidelberg befaßte sich erst aktuell in einer Veranstaltung im Rahmen des Antifa-Cafés mit dem Weltbild der Korporierten, deren feindlichen, chauvinistischen und elitären Grundeinstellungen (übrigens auch als Materialsammlung im Infoladen Moskito erhältlich). Und vielleicht solltest du auch gleich noch 'ne Schulung in Sachen Herumpralen mit „politischen Aktionen" belegen. Falls du tatsächlich Eier geworfen hast, gibt es ein Dezernat Staatsschutz, das sich deiner bestimmt gerne annimmt und Nazis freuen sich auch immer über Namen des „politischen Gegners". Vielleicht weißt du dann im nächsten Jahr besser bescheid und ersparst uns derartig schlechte Artikel.

Wer auf jeden Fall wieder dabei ist, steht schon fest: hoffentlich noch mehr böse, gewalttätige, verhärtete Linksextremisten, die Gut und Böse wieder mal überhaupt nicht auseinanderhalten können und Alles in einen Topf schmeißen...

In diesem Sinne „oh ja, chleudert den Purschen zu Poden" (Pontius Pilatus) und nicht nur am 1. Mai!

Autonome Antifa HD

Ab jetzt im AIL erhältlich

Kein Kongreß „Science/Fiction“!

Heute beginnt in der Stadthalle der Kongreß Science/Fiction, veranstaltet vom Heidelberger Institut für systemische Forschung und der internationalen Gesellschaft für systemische Therapie. Auf diesem Kongreß sollen in den nächsten fünf Tagen PhilosophInnen, Geistes- und NaturwissenschaftlerInnen und TherapeutInnen zusammensitzen, um über sogenannte ethische Grenzfragen zu diskutieren. Wir wollen zum einem auf den Vorwurf eingehen, die Meinungsfreiheit werde mißachtet, wenn wir bestimmte Diskussionen ablehnen, zum anderen wollen wir erklären, warum wir uns als Autonome Antifa gegen diesen Kongreß und die damit verbundene neue Euthanasiedebatte stellen.

Aus Stellungnahmen von VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen geht hervor, daß sie sich von diesem Kongreß eine tabufreie Diskussion über sowieso existierende Fragen erhoffen, sprich: Es wird die Frage gestellt, welche Menschen gesellschaftlich „wichtig“ bzw. integrationsfähig sind, und welche nur noch eine gesellschaftliche d.h. finanzielle Belastung oder ein bemitleidenswertes Objekt darstellen. Es besteht die Gefahr, daß diskriminierenden und aussondernden Maßnahmen - das können sowohl sozialpolitische als auch medizinisch-technische Maßnahmen sein, die entweder schon praktiziert werden oder nur noch auf ihre gesetzliche Grundlage warten - immer weniger Bedenken engegengebracht werden. Die tödliche Logik betrifft vor Allem sog. Behinderte, altersschwache und chronisch kranke Menschen, also all solche, die der Leistungsgesellschaft keinen Nutzen bringen.

Diese Menschen fallen somit einer Ethik zum Opfer, die sich nur noch an Verwertungskriterien orientiert - was dann sogar noch als „Wohltat“ für die Einzelnen angeblich Leidenden und für die gesamte Gesellschaft dargestellt wird.

Ob oder höchstens worunter diese Menschen wirklich leiden oder was die sogenannte Behinderten wirklich behindert, diese Frage wird nie gestellt und Diskussionen, die der immer weiter um sich greifenden Entwicklung in Richtung Leistung, Verwertung, Selektion etwas entgegensetzen würden, werden nicht geführt. Auch auf dem Kongreß Science/Fiction sind die Diskussionen mit Sicherheit nicht auf diese ursächlichen Fragen ausgerichtet!

Stattdessen sollen auf diesem Kongreß unter dem Deckmantel der ach so demokratischen Meinungsfreiheit sowohl VertreterInnen als auch GegnerInnen ihre verschiedenen Positionen angeblich wertfrei miteinander diskutieren.

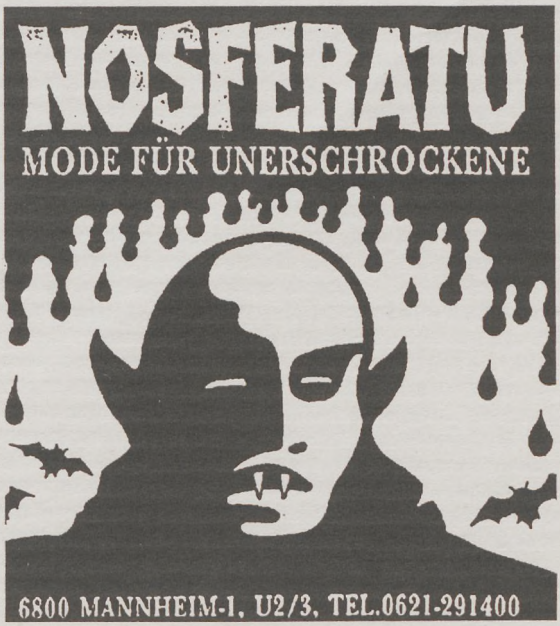
Die Konsequenz von solchen Diskussionen ist immer ein Kompromiß. Doch welche Folgen hat ein solcher Kompromiß? Darf es ein Aufeinanderzukommen in Diskussionen geben, die anderen Menschen das Lebensrecht absprechen?

Eine solche Auseinandersetzung kann sich für uns nicht mit dem Argument der Meinungsfreiheit rechtfertigen.

Die Diskussionen, die hier geführt werden, können außerdem nicht losgelöst von gesellschaftlichen Zuständen betrachtet werden. Denn wenn hier über bestimmte Menschen diskutiert wird, wenn hier moralische Fragen gestellt werden, wie sie z. B. die Genforschung angeblich aufwirft, und zwar von denen, die an gesellschaftlichen „Schaltstellen" sitzen, ist dies auch ein Abbild dieser in Machthierarchien gegliederten Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der es normal ist, daß wenige über das Leben bzw. Lebensrecht bestimmen - einer Gesellschaft, in der nicht das System den Menschen, sondern die Menschen dem System angepaßt werden.

Solche Debatten sind keine Seltenheit und beschränken sich nicht nur auf diesen Bereich. Mit dem gleichen Mechanismus wird in dieser Gesellschaft z. B. in Bezug auf MigrantInnen verfahren. Deshalb müssen solche Entwicklungen, und in die fügt sich auch der Kongreß Science/Fiction, bekämpft werden. Die, die diesen Widerstand als stumpfe Gewalt abtun, und das hat in diesem Fall die Veranstaltungsleitung des Kongresses Science/Fiction getan, die benutzen dieses Argument zur Schwächung des Widerstands und zur Stärkung ihrer Positionen. Denn Widerstand gegen von den Herrschenden forcierte oder verordnete Zustände, durch den Menschen ihr Selbstbestimmungs- und Lebensrecht verteidigen, ist für uns legitim und kann auch nicht vor den (ebenfalls von den Herrschenden verordneten) Gesetzen halt machen.

Gegen eine kapitalistische Verwertungsgesellschaft!
Gegen eine Gesellschaftspolitik auf der Basis von Normierung und Selektion!



NIMM DREI!

LADENGESCHÄFTE:

DREIKÖNIGSTR. 25
D-69117 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 21 99
TELEFAX 0 62 21-18 36 58

BAHNHOFSTR. 33
D-74072 HEILBRONN
TELEFON 0 71 31-8 96 00

BÜRO / VERSAND:

ALTROTTSTR. 44
D-69190 WALLDORF
TELEFON 0 62 27-46 72
TELEFAX 0 62 27-47 74

keule&co

JONGLIERBEDARF · IDEEN · TRENDS